DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Sozialistisch Europäisch Friedlich

Leitlinien 2023-2024

Antragsheft 2

---

1. Tagung des 9. Landesparteitages

am Samstag, 11. März 2023, von 11.00 Uhr bis ca. 20.30 Uhr
und Sonntag, 12. März 2023, von 10.00 Uhr bis ca. 15.00 Uhr

in der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover

Inhalt

Änderungsanträge zum Leitantrag .....Seite 2

Weitere Anträge.....Seite 6

Tätigkeitsbericht der Sprecherinnen des Landesrates Linke Frauen .....Seite 19

Aufruf für Kandidaturen für die Landesschiedskommission.....Seite 22

Kandidaturen .....Seite 24

Änderungsanträge zum Leitantrag

Ä 1

Ergänzung einfügen Zeile 24, nach „…neoliberaler Politik“.:

Antragssteller: Aram Ali (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Marianne Esders (KV Lüneburg), Thomas Goes (KV Göttingen), Dennis Olsen (KV Hannover, LAG Betrieb und Gewerkschaft), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Wichtige politische Weichenstellungen wurden versäumt. Niedersachsen ist auch ein Auto-Land. Von der Automobilindustrie, vom Endhersteller VW über Zulieferer und Stahlindustrie, hängen direkt und indirekt 340.000 Arbeitsplätze ab. Dieser industrielle Bereich ist aufgrund des Umbaus der Wertschöpfungsketten, der durch den Einstieg in die E-Mobilität ausgelöst wird, in einem tiefen Umbruch. Unter anderem, weil Teile nicht mehr hergestellt werden, die für den Verbrennermotor gebraucht werden, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Für einen ökologisch nachhaltigen, aber auch sozial fairen Umbau der niedersächsischen Automobilindustrie brauchen wir eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen dazu beitragen, dass Belegschaften demokratisch gestärkt werden und mehr Einfluss auf den Umbau bekommen, einen sozialen Schutzschirm für die Beschäftigten aufbauen und durch Investitionen in gesellschaftlich nützliche Sektoren neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Auch in anderen Bereichen stehen wir vor enormen Herausforderungen.

Ä 2

Ergänzung einfügen Zeile 32, nach „unbezahlbarer werden.“

Antragssteller: Thomas Goes (KV Göttingen), Sabine Lösing (KV Göttingen)

Die Landespolitik hat es versäumt eine ökologisch dringend notwendige und sozial gerechte Wende in der Verkehrspolitik auf den Weg zu bringen. Wer Alternativen zum klimaschädlichen Autoverkehr schaffen will, muss massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors investieren. Wir brauchen mehr und bessere Bus- und Bahnanbindungen in den ländlichen Räumen, generell eine Stärkung öffentlicher Verkehrsbetriebe und schleunigst landespolitische Modellprojekte für den sog. „Nulltarif“. Dafür werden wir uns in den nächsten zwei Jahren einsetzen. Wir wissen: Möglich ist das nur, wenn mehr Personal in den Verkehrsbetrieben eingestellt, die Arbeitsbedingungen verbessert und die Löhne erhöht werden.

Ä 3

Zeile 34 bis 37: Streichen von „bisher profitieren … bis… großes Aufgabenfeld“

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Thomas Goes (KV Göttingen), Alexander Jüschke (KV Harburg-Land), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Paul Wellsow (KV Lüneburg)

Ersetzen durch:

Wir glauben: In Niedersachsen gibt es Mehrheiten für eine soziale, ökologische, demokratische und friedensorientierte Politik. Die neue Landesregierung wird diese Reformpolitik nicht auf den Weg bringen. Aber der Wahlsieg von SPD und Grünen beruht auf einer Reihe von Reformversprechen, die auf dringende Probleme im Land antworten. Uns ist es nicht gelungen die Menschen im Land davon zu überzeugen, dass wir eine unverzichtbare Kraft sind, ohne die es keine fortschrittliche Landespolitik geben wird. Daran werden wir in den nächsten zwei Jahren arbeiten. Wir stehen dabei vor mehreren Herausforderungen. Drei wichtige sind: Wir müssen erstens eine Antwort auf die Wahlenthaltung insbesondere einkommensarmer Schichten geben. Zweitens müssen wir auf das Erstarken der extremen Rechten Antworten finden, die es uns erlauben gleichzeitig eine antifaschistische Bündnispolitik zu entwickeln, die die demokratischen Kräfte in der Gesellschaft stärkt, als auch um den Teil der AfD-Wählerschaft zu kämpfen, der tatsächlich nur aus Protest rechts wählt. Drittens müssen wir Menschen, deren Herz für linke Politik schlägt, aber SPD und Grüne gewählt haben, ein überzeugendes politisches Angebot machen.

Ä 4

Zeile 128, ergänzen hinter „Bündnis leben müssen.“:

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Wolfgang Cornelius, (KV Lüchow-Dannenberg); Thomas Goes (KV Göttingen)

Dazu gehört auch, eigene Kampagnen zu führen, mit deren Hilfe wir für wichtige landespolitische Themen Öffentlichkeit schaffen, politischen Druck erzeugen, Gesichter der Partei bekannter machen und neue Anhänger:innen für uns begeistern können. Die erfolgreiche Pflegekampagne hat gezeigt, wie das geht. Kampagnenarbeit ist ein Teamplay zwischen Kreisverbänden und Landesvorstand und ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Partei von unten wachsen, sich landespolitisch besser verankern und auch in Bündnissen neue Kooperationspartner gewinnen kann.

Ä 5

Zeile 175 Ergänzung neuer Punkt einfügen:

*Antragssteller*innen: KW Depker (KV Northeim), Thomas Goes (KV Göttingen), Marianne König (KV Northeim), Michael Ohse (KV Goslar), Yannik Pein (KV Göttingen, Kommunistische Plattform), Peggy Plettner-Voigt (KV Goslar), Bärbel Swinfen (KV Northeim).*

Nicht-Wähler:innenstrategie: Je einkommensärmer die Menschen und je weiter unten sie sich in der Klassengesellschaft befinden, desto seltener gehen sie wählen. Das sind aber Teile der Angestellten- und Arbeiter:innenschaft, die wir als LINKE eigentlich erreichen, mit und für die wir Politik machen möchten. Um wieder Wahlen zu gewinnen, wollen wir deshalb eine eigene Nicht-Wähler:innenstrategie entwickeln. Das wird um so besser gehen, je mehr Mitglieder sich an der Klärung wichtiger Fragen beteiligen. Einige sind: Welche Bevölkerungsgruppen genau gehen nicht mehr wählen? Welche Eindrücke gibt es darüber aus der Arbeit in den Kreisverbänden? Welche Erfahrungen gibt es bei anderen Parteien und in anderen Ländern? Welche Arbeitsweisen und Methoden können wir gezielt nutzen? Der Landesvorstand hat die Aufgabe, in den nächsten zwei Jahren erste Bausteine einer niedersächsischen Nicht-Wähler:innenstrategie zu erarbeiten.

Ä 6

Ab Zeile 138, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Antragssteller: Lena Bödeker (KV Göttingen), Marianne Esders (KV Lüneburg); Thomas Goes (KV Göttingen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen)

Ein LINKER Green New Deal für Niedersachsen

Die aktuelle Situation, in der sich unterschiedliche Krisen überlagern, verlangt nach wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Antworten, die diese Herausforderungen aufgreifen und in den jeweiligen regionalen Strukturen verankern. Neben sozialen Themen wie Gesundheit und Bildung, spielt auch der sozial-ökologische Umbau der Mobilitäts- und Transportinfrastruktur, der produzierenden und verarbeitenden Industrien, der Landwirtschaft und der Energiewirtschaft eine entscheidende Rolle. Für unsere landespolitische Profilbildung in Niedersachsen müssen wir uns daher mit den dringen nötigen Veränderungen in den für Niedersachsen relevanten Bereichen wie dem Fahrzeug- und Maschinenbau, der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Nahrungs- und Futtermittelindustrie und der Energieerzeugung befassen und die Rahmenbedingungen sowohl an strengen ökologischen Zielsetzungen ausrichten als auch sozial und demokratisch gestalten. Der ökologische Umbau kann sozial und demokratisch gestaltet, oder an den Kapitalinteressen angepasst werden. Welche Richtung sich durchsetzt und ob wir gesetzte Klimaziele erreichen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Gewerkschaften und Belegschaften,

Klimabewegungen aber auch DIE LINKE dazu in der Lage sind Alternativen gemeinsam auszuarbeiten, Bündnisse aufzubauen und Druck für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu machen. Der Landesvorstand wird deshalb in den nächsten beiden Jahren an einem eigenen ökosozialistischen Reformkonzept, an einem linken Green New Deal für Niedersachsen arbeiten. Dafür sucht er die enge Zusammenarbeit und Diskussion mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Aktiven der Klimabewegung und weiteren Initiativen.

Ä 7

Antragssteller*innen: LSPR Linksjugend [´solid] Niedersachsen
Änderungsantrag zu den Leitlinien 2023/24 für den 9. Landesparteitag:

Ab Zeile 175, neuer Absatz, ergänzen neuer Punkt

Interne Strukturen stärken

Der Landesvorstand erstellt binnen eines Jahres ein Awarenesskonzept für Parteiveranstaltungen, insbesondere die Landesparteitage. Dieses Konzept wird unter Einbeziehung (relevanter) parteiinterner Gruppen, z.B. dem LLF, der ‘Vertrauensgruppe’, der ‘AG Umgang mit Diskriminierung’ und der Feministischen Kommission ausgearbeitet und anschließend auf dem Landesparteitag vorgestellt und abgestimmt. Das Awarenesskonzept wird danach laufend evaluiert und verbessert, über diesen Vorgang wird weiter berichtet.

Weitere Anträge

A 2

Querdenker entgegentreten

Antrag der LAG Antifa

Der Landesparteitag am 11./12.03.2023 möge Folgendes beschließen:

- dass der Landesverband eine Informationsveranstaltung anbietet über die aktuelle Situation der Querdenker sowie deren Bestreben und Ziele.
- dass DIE LINKE im gesamten Niedersachsen keine Zusammenarbeit mit Querdenkern sucht.
- dass alle Antifaschisten der Partei dazu aufruft, um gegen den Bundesparteitag der Partei „Die Basis“ in Braunschweig vom 31.03.2023 bis 02.04.2023 zu mobilisieren.
- dass das Konzept des neu gewählten Landesvorstands eine Schärfung des antifaschistischen Profils unserer Partei beinhaltet.

Begründung und Einordnung des Antrages:

Bereits seit mehreren Jahren treibt es immer wieder Menschen bundesweit auf die Straßen. Anfänglich um gegen die „Corona-Diktatur“, zwischenzeitig gegen den Schutz des Klimas und jetzt auch für Frieden mit Russland aufzustehen. Auf Außenstehende wirkt es, wie ein zusammengewürfelter Haufen aus Ökos, Esoterikern, Rechten und besorgten Bürgern. Es wird Zeit, da mal konkrete Aufklärung zu betreiben. Wie startete die Bewegung? Wer steckt hinter dieser Bewegung? Wer beeinflusst mit welchen Inhalten diese Bewegung? Welche Gefahr geht von dieser Bewegung aus?

Heiko Schrang (Esoteriker betreibt einen YouTube-Kanal mit antisemitischen, antidemokratischen Codes), Ken FM (vom Verfassungsschutz beobachteter Desinformant und Verschwörungserzähler) und Bodo Schiffman (Schwindelarzt und Quer-Vordenker) haben erstmals von der Corona-Diktatur im März 2020 schwadroniert und zu ersten Demos dagegen aufgerufen. Teilweise werden Demos von AfD und anderen rechten Parteien angeführt. In den Telegramkanälen rufen kleine rechte Parteien wie „Der dritter Weg“, „Die Rechte“, die NPD, auch die große AfD. Die vermeintlich „linke“ Querdenkerfront „Freie Linke in Niedersachsen“ stehen ablehnend gegenüber unserer Partei und einige bezeichnen uns in ihren Telegramkanälen als „Translantifa“ – eine Mischung aus Transatlantik (USA & Israel-Freunde unter der Lenkung aus Washington und Jerusalem) und Antifa. Aber auch die Gruppe „Die rote Linie“ ist durchaus kritisch zu betrachten. Einer der führenden Köpfe von „Die rote Linie Hannover“ sei bekannt als aggressiver Mensch auch gegenüber Mitdemonstranten.

Aber auch Anastasia Anhänger und völkische Siedler sind dabei. Bei der Anastasia Bewegung handelt es sich um eine neureligiöse Initiative im rechtsesoterischen Spektrum, die auf der Anastasia-Buchreihe basiert. Völkische Siedler sind rechte Familienclans, deren Mitglieder der Verfassungsschutz als »gefestigte Rechtsextremisten« einstuft. Ebenfalls dabei sind Reichsbürger auch dabei die S. H. A. E. F. (in Anlehnung des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force), die sogar auf eigenen als auch querdenkerfreundlichen Telegramkanälen mit Todesurteilen arbeitet.

Die Querdenker-Bewegung ist ein richtiges Konglomerat von Rechten verschiedenster Couleur und natürlich auch einfache Bürger, die erst mal nur gegen die Corona Maßnahmen auftreten wollten. Doch sie werden immer mehr in rechte Netze eingespannt, sukzessive mit antisemitischen Verschwörungstheorien gefüttert. Somit stellen sie zumindest Rechts-Nachläufer dar, die gar mittlerweile durch die Länge der Zeit auch selber stark antisemitisch geprägt sind. Die Querdenker Melange ist insofern gefährlicher als angenommen wird.

Sie ist dazu in der Lage, immer wieder das Thema zu wechseln, sei es von Corona über die Verschwörungserzählungen zum Klimawandel über die Verschwörungserzählungen zu Russlands Krieg. Die Friedenspositionen, die sie bezüglich Russland einnehmen, entspringen häufig einer Nähe zu Putin. Auch das darf man an dieser Stelle nicht verkennen. Hier geht es tatsächlich darum, das nationalistisches Gedankengut stark prägend ist in dieser Querdenken-Verbindung, und dieses nationalistische Gedankengut führt auch dazu, dass nationalistische Angriffskriege natürlich gefeiert werden. Dementsprechend sind sie für Friedensmaßnahmen, weil das Putin nämlich den Weg erleichtert, Ukraine zu erobern.

Das heißt also, es ist eine ganz andere Friedensposition als die, die wir einnehmen als die Linke. Die Linke ist generell gegen Waffenlieferungen egal in welches Land. Die Querdenker wollen nur keine Waffenlieferungen, um Putin den Weg zu ebnen. Das ist halt ein himmelschreiender Unterschied an der Stelle.

Hier zu nennen ist auch die „verfassungsgebende Nationalversammlung“, die geführt werden soll, um eine neue Verfassung dem Land zu geben, was natürlich eindeutig von Reichsbürgern auch schon vor Corona verfolgt wird und auch von ihnen sukzessive vorangetrieben wird. Das ist eben etwas, woran schon klar erkennbar wird, worum es geht.

Es geht darum, den Staat zu stören, den Staat zu delegitimieren und es geht natürlich auch darum, den Staat zu überwinden. Einigen ist durchaus bewusst, dass die gesamte Bewegung als sehr demokratiefeindlich zu bewerten ist. Diese Querdenker Bewegung hat auch ihre eigene Partei „die Basis“, die natürlich auch stark rechtsoffen ist. Dort wird jeder großzügig aufgenommen. Da ist auch eine Parteizugehörigkeit zu einer anderen Partei kein Hinderungsgrund für den Beitritt zur „Die Basis“. Auch das sollte man äußerst kritisch bewerten.

Dies dient nur für einen ersten groben Einblick, weswegen diese Bewegung kritisiert wird. Eine Informationsveranstaltung zum Thema „Aktuelle Situation und Bestrebungen der Querdenkerbewegung“ wird da schon mehr ins Detail gehen können.

A 3

Gemeinsam für eine gutes Leben in sozialer Sicherheit - Durchführung eines gewerkschafts- und sozialpolitischen Ratschlags

Antragsteller: Andreas Nolte, BO Süd-West, KV Hannover

Die 9. Landeskonferenz möge beschließen:

Der neu gewählte Landesvorstand wird beauftragt, im ersten Kalenderhalbjahr 2023 unter dem Motto „Gemeinsam für eine gutes Leben in sozialer Sicherheit“

*einen landesweiten gewerkschafts- und sozialpolitischen Ratschlag durchzuführen und dazu gewerkschaftspolitische Akteure von der landes- bis zur betrieblichen Ebene einzuladen. Alle Kreisvorstände und der Sprecher*innenkreis der LAG betrieb&gewerkschaft sind aufgefordert, den Landesvorstand dabei aktiv zu unterstützen und insbesondere ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Potentiale dafür zu aktivieren und zu mobilisieren. Für die Bekanntmachung und die politische Mobilisierung zur Teilnahme über die Partei hinaus wird auch der 1.Mai-Feiertag 2023 mit einem entsprechenden Material flächendeckend genutzt.*

Begründung:

Die Lebenssituation vieler Menschen und abhängig Beschäftigter in Niedersachsen wird durch die Verschlechterung der materillen und sozialen Rahmenbedingungen schon seit Beginn der Corona-Pandemie 2020, der weiter rasant steigenden Verbraucherpreise schon seit Sommer 2021 und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 verschärft. Ein Ende dieser Entwicklungen ist nicht in Sicht!

Zugleich findet in vielen Wirtschaftssektoren, in den bekannten produzierenden Kernsektoren Niedersachsens, aber auch in fast allen sog. Dienstleistungsbranchen ein beabsichtigter Wandel hin zu einer geradezu als ökologisches Wundermittel gefeierten sog. „Elektromobilität“ statt. Die unterschiedlichen Konsequenzen für die Beschäftigten zeichnen sich in Form von Betriebsschließungen einerseits und dem Aufbau z.B. von Batteriezellenproduktion mit zunehmender Geschwindigkeit ab. Und: Einerseits angeblicher Fachkräftemangel in der Industrie und gleichzeitig drohende Massenentlassungen durch die Auflösung von Produktionen im Land statt z.B. verstärkter betrieblicher und öffentlicher Weiterbildungsprogramme. In den Dienstleitungssektoren steigt der Leistungsdruck auch mangels nicht durchsetzbarer Leistungsstandards, zum Teil schon unbegrenzt und ohne betriebliche Mitbestimmung oder tariflich vereinbarter Leistungs- und/oder

Personalbemessung. Dies führt aktuell und auf Dauer zu Gesundheitsschäden der betroffen Beschäftigten, genauso wie die Unsicherheit um den Arbeitsplatz.

Ziel der Konzerne und Eigentümer in allen Branchen bleibt weiterhin die Profitmaximierung, ohne Rücksicht auf menschliche Verluste.

Gleichzeitig versuchen die Gewerkschaften mit ihrer tendenziell geringer werdenden Organisationskraft bzw. z.T. sehr unterschiedlichen Handlungsfähigkeit angemessene Tarifabschlüsse durchzusetzen und den strukturellen Wandel betrieblich, unternehmensbezogen in allen Branchen und Sektoren entweder mitzugestalten oder die Arbeits- und Lebensbedingungen mit Gegenmacht und organisierter Selbstermächtigung mindestens zu erhalten oder sogar zu verbessern.

Bei dieser Entwicklung besteht nicht nur die Gefahr sozialer Benachteiligung: diese ist schon längst Realität in unserem Land und droht weiter zuzunehmen, wenn dem nicht in Bündnissen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden vereint entgegen getreten wird.

Dies alles erfordert unser verstärktes Engagement als Partei und wieder ein deutlich erkennbares Alleinstellungsmerkmal auf der Seite der abhängig Beschäftigten, der Arbeiter*innenklasse. Der Vorschlag dieses Ratschlags soll dazu dienen. Zugleich können wir mit einem zeitlichen und personellen Neubeginn durch diesen 9. Parteitag unser Profil als Bündnispartnerin der DGB-Gewerkschaften und Sozialverbände stärken und weiter entwickeln.

A 4

Profil gewinnen, interventionsfähig werden – Antrag an den Landesparteitag

Antragsteller*innen: Daphne Weber, Franziska Junker, Thorben Peters

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag beauftragt den neuen Landesvorstand im Rahmen seiner Strategiediskussion auf der Klausur einen landespolitischen Kampagnenschwerpunkt für die nächsten zwei Jahre festzulegen.

Ziel dieser Kampagne ist es:

- in diesem Themenschwerpunkt landespolitisches Profil zu gewinnen und in Niedersachsen als außerparlamentarische Opposition interventionsfähig zu werden
- mit Akteuren in diesem Feld in Kontakt zu treten und so die gesellschaftliche Verankerung auszubauen
- kontinuierliche Zusammenarbeit auf Landesebene und zwischen den Kreisverbänden anhand dieses Kampagnenthemas zu organisieren
- ggfs. durch kommunalpolitisch passgenaue Zuschnitte in einzelnen Kreisverbänden und Regionen besondere Wirksamkeit zu entfalten

Mögliche Plattformen der Zusammenarbeit im Rahmen der Kampagne sind der Landesvorstand, der Landesausschuss und entsprechende Arbeitstreffen und -ratschläge. Ob es zusätzlich einen Kampagnenrat wie in anderen Landesverbänden oder auf Bundesebene braucht, entscheidet der Landesvorstand.

Begründung:
Um unsere landespolitische Kompetenz auszubauen oder überhaupt erst zu entwickeln (siehe Leitantrag), sind angesichts unserer begrenzten Möglichkeiten und Ressourcenverlusten Schwerpunktsetzungen nötig. Mit Kampagnenarbeit können erfolgreich linke Themen in die öffentliche Debatte gebracht und mit der Partei DIE LINKE. als Akteurin verknüpft werden. In Ansätzen haben wir das in der Vergangenheit bereits versucht und so erfolgreich beim Sturz der niedersächsischen Pflegekammer mitgewirkt oder den Protest gegen das Polizeigesetz mit vorangetrieben. Denkbar wäre ein Kampagnenschwerpunkt zum Beispiel zum Thema Pflege oder Bildung oder Verkehrswende. Wichtig ist, dass es ein Thema wird, das für möglichst viele Kreisverbände anschlussfähig ist, weil es niedersachsenweite Relevanz hat.
Eine solche kollektive, themenbezogene Arbeit über einen längeren Zeitraum stärkt auch die Zusammenarbeit unter den Kreisverbänden, die sich beteiligen können und wollen.

A 5

Die Rechte von trans und queeren Personen wahren und stärken

Antragssteller*innen: LSPR Linksjugend [´solid] Niedersachsen, Anthony Leach KV Osnabrück Stadt, Marianne Esders KV Lüneburg

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. Niedersachsen 11./12. März 2023 in Hannover

DIE LINKE. Niedersachsen möge beschließen:

- Queer- und transfeindliche Positionen haben in der LINKEN keinen Platz. DIE LINKE muss offen und inklusiv sein, für alle von Diskriminierung betroffenen Menschen.

- Der gesellschaftliche Kampf gegen Trans- und Queerfeindlichkeit muss in unseren allgemeinen Kampf gegen Diskriminierung und einen aktiven Antifaschismus eingebunden werden.

- Der Landesvorstand soll gemeinsam mit bildungspolitischen Bildungspartnern die Durchführung einer Konferenz zum Themenkomplex „Klasse und Identitätspolitik“ anstreben.

- Der Landesvorstand wird beauftragt gemeinsam mit dem Landesrat Linker Frauen und der LAG Queer satzungsändernde Anträge zum nächsten Landesparteitag zu erarbeiten, die die Landessatzung an die Bedürfnisse und Situation von trans- und queeren Genoss*innen anpassen.

Deshalb fordert DIE LINKE. Niedersachsen:

- Ein Ende des sozialen und gesellschaftlichen Stigmas. Trans und queere Personen sind weder krank, noch stellen sie eine Bedrohung für andere Teile der Bevölkerung dar.

- Das Ende der postfaktischen Debatte und Berichterstattung über die Rechte und das Leben von trans Personen, wie sie bereits von etlichen Organisationen im Aufruf „Gegen trans*feindliche Berichterstattung, für einen respektvollen und sachlichen Umgang!“ gefordert wird.

- Ein Selbstbestimmungsgesetz, welches diesen Namen verdient. Es muss juristische Sicherheit und Schutz für trans Personen bieten und darf keine neuen Formen der Diskriminierung ermöglichen.

- Vollständige Kostenübernahme durch die Krankenkassen für alle medizinischen Leistungen und Behandlungen, die im Rahmen einer geschlechtlichen Transition anfallen.

- Den Stopp des medizinischen „Gatekeepings“ und Selbstbestimmung in Fragen der eigenen Transition.

- Den Ausbau der Kassenärztlichen Versorgung, gerade im psychiatrisch/psychologischen und endokrinologischen Bereich.

- Die Entpathologisierung von Transgeschlechtlichkeit. Trans sein ist keine Krankheit, die Bandbreite an geschlechtsangleichenden Maßnahmen sehr groß und individuell verschieden. Dies muss berücksichtigt werden.

- Eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, wie sie bereits von 100 Verbänden, und der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung gefordert und im Koalitionsvertrag versprochen wurde.

Feststellung:

Der Umgang mit und die Frage nach Rechten von transgeschlechtlichen und queeren Menschen hat in der jüngeren Vergangenheit weltweit einen starken Wandel erlebt. Zum Guten, vor allem aber zum Schlechten, hat sich das Thema aus einer Nische heraus zu einem bestimmenden politischen Thema und vor allem zum Instrument rechter Ideolog*innen entwickelt. Grundlegende Menschenrechte sowie demokratische Institutionen stehen hier regelmäßig auf dem Spiel. Während die politisch linken Kräfte insgesamt sowie die Partei DIE LINKE anderen Formen der Diskriminierung sehr geschlossen entgegentreten und diese als die Probleme erkennen, die sie sind, gibt es bei trans- und queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt noch großen Bedarf an Bildung, gemeinsamer Problemerkennung, Problembenennung und Strategiefindung. Dazu soll dieser Antrag einen Beitrag leisten.

Die Partei DIE LINKE, als politische Partei und damit mit Repräsentationsanspruch braucht auf diese Entwicklung eine Antwort und eine Strategie. Weder sind die Rechte transgeschlechtlicher Menschen ein bildungsbürgerliches Nischenthema, noch stehen sie den Idealen der Partei, dem demokratischen Sozialismus und der feministischen Befreiung der Frauen entgegen, im Gegenteil. Transgeschlechtliche Menschen müssen in der Linken eine Verbündete im Kampf gegen weltweite Diskriminierung und für antikapitalistische Bestrebungen finden, die eine Alternative zu den Rechtspopulismen und eine weitreichendere Antwort auf ihre Probleme bietet als die Ampelkoalition.

A 6

Landesverband strategisch (neu) aufstellen

Antragstellende Personen: Janine Burkhardt (KV Lüneburg), Janis Wisliceny (KV Lüneburg), Thorben Peters (KV Lüneburg), Ruth Rogée (KV Lüneburg), Martin Hollstein (KV Lüneburg), Manuela Mast (KV Celle), Vincent Rode (KV Lüneburg), Bärbel Swinfen (KV Northeim)

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag möge beraten und beschließen, dass zeitnah eine Strategiekonferenz (ähnlich derer im Jahr 2020 auf Bundesebene) auf Landesebene durchgeführt wird, um den Landesverband neu aufzustellen. Hierbei werden die Mitglieder des Landesverbandes dazu aufgefordert sich in den Prozess mit einzubringen.
Ziele dieser Strategiekonferenz sollen folgende sein:
- Evaluierung der bisherigen politischen Praxis des Landesverbandes und Erarbeitung der daraus resultierenden Konsequenzen

- Erarbeitung gemeinsamer politischer Ziele sowie einer Strategie zu ihrer Umsetzung (Backcasting)
- Herausarbeiten struktureller Probleme und Herausforderungen sowie Erarbeitung von Lösungsvorschlägen (z.B. Kreisverbände, LAGs und Gremien)

Die Ergebnisse der Strategiekonferenz sind als Protokoll festzuhalten.

Begründung:

Nach den Misserfolgen der letzten Landtags- und Kommunalwahlen ist es dringend notwendig, die politische Praxis der Landespartei kritisch zu überprüfen. Angesichts der Lage der Bundes- aber auch Landespartei kann nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Eine Aufarbeitung der Gründe für die letzte Wahlniederlage steht aus, sieht man etwa von der Wahlanalyse der RLS durch Horst Kahrs ab, die jedoch hauptsächlich auf parteiexterne Ursachen fokussiert. Die Stellungnahme durch den Landesvorstand war ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch bei weitem nicht ausreichend. In der Vergangenheit blieben Debatten über die Probleme der Partei zu häufig folgenlos. Es ist jedoch notwendig für die Weiterentwicklung aus den Debatten Konsequenzen zu ziehen.

Um die Handlungsfähigkeit der Landespartei zukünftig zu verbessern, schlagen wir zwei Schwerpunktsetzungen einer durchzuführenden Strategiekonferenz vor: 1. Inhaltlich, 2. Strukturell.

1. Für den inhaltlichen Teil der Konferenz liegt die Idee zu Grunde, a) das übergeordnete inhaltlich zu bestimmende politische Ziel der Parteiarbeit gemeinschaftlich zu bestimmen; b) dies soll dazu dienen, eine Strategie zu erarbeiten, wie das gesetzte Ziel erreicht werden kann. c) Von dort aus sollte es möglich sein, verschiedene Aktionsformen und politische Inhalte mit den Ressourcen und Kapazitäten der unterschiedlichen Kreisverbände umzusetzen. Die Idee dabei ist, der Arbeit der Kreisverbände ein gemeinsames Ziel und einen roten Faden für ihre Aktionen zu entwickeln. Das soll Synergien freisetzen und Kooperationsmöglichkeiten schaffen. Gleichzeitig könnte damit dem Problem begegnet werden, dass die Kreisverbände bisher zu wenig auf gemeinsame konkrete Ziele hinwirken, die in Kooperation angegangen werden (können).

2. Es wäre zu prüfen, ob die Strukturen, Gremien und Aufgabenverteilungen und Verfahrensweisen innerhalb der Landespartei so beschaffen sind, dass sie eine erfolgreiche politische Arbeit erleichtern oder sich als hinderlich herausstellen. Das Ziel ist hierbei eine kritische und ergebnisoffene Bestandsaufnahme, die es uns ermöglicht Potentiale und Probleme zu identifizieren. Auf dieser Grundlage sollen Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden. Der Zusammenhang zwischen gewählten politischen Zielen und den dafür nötigen strukturellen und prozessualen Bedingungen sollte dabei berücksichtig werden. Beispielsweise wird durch die negative Mitgliederentwicklung in einigen Kreisverbände die politische Praxis vor Ort erschwert.

Die bisherigen guten Erfahrungen mit der breiten Beteiligung und dem großen Interesse der Mitgliedschaft an der Strategiekonferenz der Bundespartei im Jahr 2020 lassen, abgesehen von der politischen Notwendigkeit, eine erfolgreiche Strategiekonferenz in Niedersachsen aussichtsreich erscheinen.

Um die Partei neu auszurichten und hinter einem gemeinsamen politischen Projekt zu versammeln, ist die umfangreiche Beteiligung der Mitgliedschaft des Landesverbandes notwendig. Ein gemeinschaftliches Projekt der Erneuerung wird die notwendige Zustimmung, Beteiligung und Motivation der Mehrheit voraussichtlich nur durch ein inklusives und basisdemokratisches Verfahren erlangen können.

A 7

Parteitag neu denken

Antragstellerinnen: Hilke Hochheiden (KV Oldenburg-Land), Nicole Rohweder (KV Gifhorn)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag erprobt auf seiner nächsten Tagung partizipative Konzepte, zum Beispiel in Form von Workshops oder Kleingruppendiskussionen. Der Landesvorstand wird beauftragt, ein Konzept dafür zu entwickeln und beim Vorschlag der Tagesordnung ausreichend Zeit dafür einzuplanen.

Begründung:
Fragt man Parteitagsdelegierte, was das beste vom Parteitagswochenende ist, ist die Antwort regelmäßig, Genoss*innen aus anderen Kreisverbänden zu treffen, sich vernetzen und auszutauschen. Im Plan von Parteitagen findet das in den Pausen oder im Abendprogramm statt, die inhaltlichen Diskussionen finden allesamt frontal im Plenum statt. Wir wollen das, was an Parteitagen am besten gefällt, stärker auch in den offiziellen Teil integrieren und erproben. Ein erhoffter Nebeneffekt ist, dass in Kleingruppen die Hemmschwelle sich zu beteiligen geringer ist als in Generaldebatten im Plenum.

A 8

Die Blockade Kubas beenden und Wirtschaftsbeziehungen Niedersachsens ausbauen!

Antragsteller: Andreas Nolte, Thorben Peters, Paul Wellsow

Der 9. Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand unterstützt zukünftig aktiv politische Initiativen und Kampagnen zur Beendigung der US-Blockade gegen Kuba und bezieht die Kreisverbände dabei ein. Er entwickelt zusammen mit Aktiven von Cuba sí Forderungen und Vorschläge zur Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen des Landes Niedersachsen zu Kuba, die auf der Grundlage von geänderten EU-Handelsbestimmungen möglich sind und unterbreitet diese der Landesregierung sowie Unternehmen und Gewerkschaften, und macht diese öffentlich.

Begründung:

Die US-Blockade gegen Kuba ist in ihrer Intensität, Tiefe und Dauer einmalig auf der Welt. Den US-Regierungen geht es nicht um die vielbeschworenen Menschenrechte, sondern um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie in Mittel- und Lateinamerika. Im Kern geht es den dahinter stehen US-Interessengruppen, Konzernen und in den USA etablierten Gegner*innen Kubas um die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse in Kuba, wie sie vor der kubanischen Revolution 1959 bestanden haben. Dies würde Armut, Elend und die Zerstörung der jetzt geltenden Eigentumsverhältnisse und selbstverständlichen sozialen Menschenrechte, wie Zugang zu kostenloser Bildung, Medizin und Gesundheitsversorgung, für die gesamte Bevölkerung Kubas bedeuten. Trotz der Blockade und der zahllosen Erschwernisse und massiven Behinderungen gelingt es der kubanischen Regierung und vielen gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen auch weiterhin, bei niedrigem Lebensstandard und geringen Staatseinnahmen sowohl eine garantierte Ernährung für alle Kubaner*innen, ein Bildungssystem für alle und die kostenlose Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten und sogar weiter zu entwickeln. Dies zeigt die Entwicklung eigener, wirksamer Impfstoffe gegen Covid 19 zeigt, was enorme Ressourcen verbraucht, die aufgrund der Blockade woanders fehlen, aber den andauernden Schutz der gesamten Bevölkerung sicher stellen.

Durch seine Blockadepolitik verletzten die USA permanent die staatliche Souveränität und damit auch den freien Warenaustausch Kubas mit anderen Ländern auf der gesamten Welt. Und damit ignorieren sie zugleich die große Mehrheit von 185 Ländern - insbesondere auch

kapitalistischer Länder - in der jüngsten Abstimmung der UNO-Vollversammlung am 2./3. November 2022 für den Antrag Kubas, die Blockade durch die USA sofort zu beenden. Dieser Wirtschaftskrieg gegen Kuba wurde in den letzten Jahren weiter verschärft, auch durch die Regierung Biden. Ein negativer Höhepunkt ist die Einstufung Kubas als sog. „Terrorstaat“ als einer der letzten offiziellen Akte des vormaligen rechtspopulistischen US-Präsidenten Trump. Diese selbstherrliche, durch nichts begründete Stigmatisierung durch die USA hat längst weitere negative Einschränkungen für Kuba zur Folge, um seine wirtschaftliche Entwicklung substanziell weiter zu behindern.

Kuba leistet trotz der ihm auferlegten massiven Einschränkungen weltweit Hilfe zur Selbsthilfe, wie zum Beispiel in Haiti oder aktuell wieder in Italien durch den Einsatz von Ärzten*innen in der Gesundheitsversorgung.

Bis heute ist die kubanische Revolution Referenz für andere Länder beim Aufbau einer gerechteren Gesellschaft und lebensfähige Alternative zur gegenwärtigen hegemonialen kapitalistischen Ordnung. Deshalb muss die internationale Solidarität mit dem sozialistischen Kuba politisch, materiell und finanziell, auch in Vorbereitung der jährlichen Abstimmung der Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgrund des wiederholten Antrags Kubas, intensiviert werden. Dazu kann unsere Landespartei einen wirksamen Beitrag leisten.

Der Kampf für die Beendigung der Blockade lässt sich sowohl auf Bundes-, als auch Länderebene führen. Er muss politisch, aber auch praktisch geführt werden. Dies wird durch neuere Handelsvereinbarungen zwischen Kuba und der EU seit dem Jahr 2016 möglich, die stärkere bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zulassen und damit die Blockade lockern sollen. Beispielhaft agieren hier Spanien und Norwegen. Durch Initiativen gegenüber der niedersächsischen Landesregierung, Unternehmen und Gewerkschaften wollen wir diesen Prozess fördern.

Der kostenlose Erwerb von 124.000 Litern Desinfektionsmitteln im Februar 2023 durch Kuba von der niedersächsischen Landesregierung zeigt das Dilemma Kubas hinsichtlich eingeschränkter Zahlungsmöglichkeiten bzw. mangelnder Devisen. Zugleich belegt es die Möglichkeiten von Außenhandelsbeziehungen der Bundesländer via EU. Die Vereinbarung mit Kuba zeigt zudem, dass ein Ausbau von direkten Kontakten nicht auf politische Vorbehalte der niedersächsischen Landesregierung stoßen müssen.

A 9

Mal ehrlich: Wer denkt eigentlich an die jungen Köpfe?

Positionierungsantrag zu Mangel an Therapieangeboten für Kinder und Jugendliche:

Antragssteller*innen: Lisa Schmitz und Johanna Brauer

Die LINKE. Niedersachsen erkennt den Mangel an von der GKV getragenen Therapieplätzen und die zunehmende psychische Belastung als Problem insbesondere von jungen Menschen an und setzt sich dafür ein, dass die Vertragssitze mit Krankenkassen flächendeckend ausgebaut und perspektivisch mindestens verdoppelt werden und die Versorgung mit stationären Therapieangeboten auch für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht und über ganz Niedersachsen hinweg ausgebaut werden.

Begründung

In einer Gesellschaft die Profitmaximierung und Verwertbarkeit vor psychische wie mentale Gesundheit stellt , leiden gerade junge Menschen an fehlender Macht , weil ihre Interessen nicht durch Lobbyisten durchgedrückt werden können. Ihr Leid wird so oft unsichtbar gemacht. So auch die mangelhafte Versorgung an Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche

25,9% der häufigsten Erkrankungsarten unter Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Jahr 2021 waren psychische Erkrankungen sowie Verhaltensstörungen. (Statistika, 2021)

Nach KIGGS-Survey sind 1/5 der Kinder und Jugendlichen von psychischen und/oder Verhaltensproblemen betroffen.
6 % aller Kinder und Jugendlichen U18 sind behandlungsbedürftig krank und erfüllen entsprechende Diagnosekriterien,
50% davon bekommen keine Behandlung.

(Prof. Dr. Jörg M. Fegert, 2015-2017)

Aus diesem Grund fordern wir eine Verdopplung der Vertragssitze der Krankenkassen, um eine vollumfängliche Versorgung der Kinder- und Jugendlichen sicherzustellen und zu vermeiden, dass die Wartelisten überlaufen. Durch die bestehenden Wartelisten für die ambulanten Hilfen steigert sich die Inanspruchnahme der stationären Akuthilfen und sorgen auch hier für längere Wartezeiten.
Eine stärker verzahnte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur auch für Kinder und Jugendliche auf dem Flächenland soll geschaffen und ausgebaut werden, sodass Wartezeiten in der Regel 3 Monate nicht überschreiten.

Literaturverzeichnis:

Prof. Dr. Jörg M. Fegert. (2015-2017). (U. Ulm, Hrsg.) Abgerufen am 04. 02 2023 von Aktion Psychisch Kranke e.V.: https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/Fegert_11_04_2018.pdf

Statistika. (2021). Abgerufen am 04. 02 2023 von https://de-statista-com.saxion.idm.oclc.org/statistik/daten/studie/972815/umfrage/haeufigste-erkrankungsarten-unter-kindern-und-jugendlichen-in-deutschland/

A 10

Strategie für bildungspolitische Verankerung entwickeln und umsetzen.

Antragstellerin: LAG Bildung

Der 9. Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand eine Strategie zu entwickeln und umzusetzen, wie wir gemeinsam mit für uns relevanten Akteur*innen aus dem Bildungsbereich bildungspolitische Relevanz aufbauen. Die Strategie soll einen zentralen Bestandteil des Arbeitsplans für den Landesvorstand darstellen.

Zur Entwicklung der bildungspolitischen Relevanz gehören mindestens die weitere Schärfung unseres bildungspolitischen Profils, die Vernetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit relevanten Bündnispartner*innen, das Erarbeiten von Analysen zur aktuellen Bildungspolitik und das Organisieren von bildungspolitischen Veranstaltungen. Die Strategie soll zeitnah umgesetzt werden, dabei aber auch einen Fokus auf die Landtagswahl 2027 legen.

Für die Entwicklung und Umsetzung bietet die LAG Bildung ihre Unterstützung an.

Begründung:

Bildungspolitik ist eines der zentralen landespolitischen Themen. Das aktuelle Programm zur Landtagswahl bietet eine gute Grundlage für eine Verankerung im Bildungsbereich. Unsere Programmatik muss bei Bildungsarbeiter*innen bekannter werden und wir müssen von ihnen als Bündnispartner verstanden werden, der für Verbesserungen im Bildungsbereich kämpft – in den Parlamenten und auf der Straße.

Tätigkeitsbericht der Sprecherinnen des Landesrats LINKE Frauen (LLF)

06.03.2021 – 25.02.2023

Am 6.03.2021 wurden wir, Lewia Gerlinger, Vivienne Widawski und Daphne Weber, als Sprecherinnen des LLF gewählt, in der Wiederbelebung des Gremiums durch Diskussions- und Bildungsveranstaltungen engagierten wir uns aber bereits früher. Deshalb setzt dieser Tätigkeitsbericht bereits im Januar 2021 an.

Veranstaltungen

2021

Am 09.01.2021 fand nach längerer Sitzungspause zunächst ein Online-Treffen des Landesrats statt. Für einen thematischen Vortrag hatten wir die Fraktionsvorsitzende in der Hamburgischen Bürgerschaft Cansu Özdemir eingeladen. Es ging um die Verknüpfung von Rechtsextremismus und Islamismus und die Entwicklung einer feministischen Position zu diesem Themenkomplex.

Am 09.02.2021 organisierten wir die nächste Online-Mitgliederversammlung des LLF mit, auf der über das Doppelresidenzmodell als Grundlage feministischer Positionen und Debatten geredet wurde.

Am 06.03.2021 fand in Hildesheim die erste Präsenzsitzung während der Corona-Pandemie statt, auf welcher wir als neue Sprecherinnen gewählt wurden. Eingerahmt wurde die Sitzung durch einen Input des Hildesheimer Bündnis' zum 8. März 2021, um den Austausch des LLF in die feministische Bewegung zu stärken. Thema für eine kurze Diskussion war die kommunale Organisierung feministischer Kämpfe.

Am 22.04.2021 kam der Landesrat erneut zusammen, um über die Erfahrungen auf dem Landesparteitag im März 2021 zu sprechen, der von einer unterirdischen und aggressiven Kultur mancher Leute geprägt gewesen war. Wir hatten uns entschlossen, uns gemeinsam mit Kandidierenden und Delegierten auf die Landesvertreter*innenversammlung vorzubereiten, denn wir lassen uns von so einem Verhalten wie auf dem LPT nicht einschüchtern, sondern erkämpfen uns unseren Raum. Wir tauschten uns aus, wie man am besten mit dominant-männlichem Redeverhalten und intransparenten machtpolitischen Bündnissen umgehen kann.

Am 23.06.2021 organisierten wir eine Sitzung zum Bundestagswahlkampf. Wir loteten Möglichkeiten eines feministischen Wahlkampfes aus und sammelten konkrete Veranstaltungsideen.

Ende des Jahres 2021 veranstalteten wir eine Online-Weihnachtsfeier mit feministischen Kulturbeiträgen. Hierbei ging es uns darum, das Jahr Revue passieren zu lassen, Ideen für das nächste Jahr zu sammeln und außerdem kulturellen und künstlerischen Beiträgen unserer Mitglieder eine Bühne zu bieten.

2022

Am 21.01.2022 setzten wir uns im Rahmen einer Online-Veranstaltung anhand eines Inputs der Betriebsrätin und Mitglied des Parteivorstands Sabine Skubsch aus feministischer Sicht mit dem

Koalitionsvertrag der Ampel auseinander und diskutierten, welche Interventionsmöglichkeiten sich aus linker feministischer Sicht ergeben.

Mit Alex Wischnewski führten wir am 10.02.2022 eine Online-Veranstaltung mit dem Titel „Feministische Bewegungen in Südamerika“ durch. Dies öffnete unseren Blick für internationale feministische Kämpfe und die Notwendigkeit globaler Vernetzung, was Wissen und Methoden der Organisierung betrifft.

Am 29.05.2022 traf sich der Landesrat LINKE Frauen in Präsenz in Lüneburg, um den Listen- und Direktkandidat*innen für die Landtagswahl die Möglichkeit zu geben, sich vorzustellen, ihre feministischen Themen zu präsentieren und letzte Schritte im Wahlkampf zu besprechen. Thema war außerdem die innerparteiliche Transformation in Niedersachsen, die auf das Stichwort #Linkemetoo antworten muss. Zum Ende der Sitzung unterstützten wir einen Streik der Pflegekräfte des Lüneburger Krankenhauses, um die feministische Bedeutung von Lohnungleichheit, Ausbeutung und einem profitorientierten Gesundheitssystem zu betonen.

Trotz pandemischer Verhältnisse und zweier Wahlkämpfe haben wir es während unserer Amtszeit geschafft, zahlreiche Veranstaltungen zu organisieren, um sowohl die feministische Bildungsarbeit als auch die Organisierung von Frauen, Trans- und Intergeschlechtlichen Personen in der Partei voranzutreiben. Die Betreuung unserer Mitglieder war aufgrund der pandemischen Lage und einer großen räumlichen Distanz eine Herausforderung. Wir haben einen Mailverteiler der aktiven Mitglieder und einen Telegramchat für interessierte Mitglieder eingerichtet – es muss aber zukünftig auch darum gehen, den LLF als Gremium sichtbarer zu machen, allen nicht-cis-männlichen Parteimitgliedern ihre Mitgliedschaft im LLF bewusst zu machen und sie darüber zu informieren, dass Mitarbeit möglich und erwünscht ist.

Interventionen, Anträge, Vernetzungen

Vernetzungen und Bewegungsarbeit

Gelegentlich nahmen wir an der bundesweiten feministischen Vernetzung der Partei teil, um die Themenschwerpunkte und die Arbeitsweisen anderer feministischer Landesgremien kennenzulernen. Darüber hinaus stellten wir Kontakt zu der BAG und LAG Queer sowie der BAG Lisa her.

Auf der Demonstration zum 08.03.2021 in Hildesheim, einem Stadtteilfest am 28.08.2021 in Lüneburg, am 04.09.2021 auf der unteilbar-Demonstration in Berlin und auf einer kurdischen Demonstration anlässlich der wiederholten Bombardements des Erdogan-Regimes im November 2022 haben die Sprecherinnen feministische Redebeiträge gehalten – unter anderem zu den Themen Mietenpolitik, rechter Terror und Friedenspolitik aus jeweils feministischer Perspektive.

Für ein Forschungsprojekt der Universität Oldenburg nahm eine der Sprecherinnen an einem Interview zum Thema „Catcalling“ statt, um die Trennung von Politischem und Privatem aufzulösen und die Notwendigkeit feministischer Fortentwicklungen bis tief in den Alltag hinein zu betonen.

Anträge und Interventionen in die Partei

Auch auf parteiinternen Veranstaltungen, wie dem Landesparteitag, dem Landesausschuss und der Landesvertreter*innenversammlung wurden feministische Themen durch die Sprecherinnen und LLF-Delegierten eingebracht, um die Dringlichkeit unserer Anliegen zu betonen. Unterstützt wurde diese Arbeit durch die Entwicklung und Auswertung von Fragen zum Themenbereich „Frauenpolitik und Feminismus“ an die Kandidierenden für den Bundes- und den Landtag in den Jahren 2021 und 2022.

Die LLF-Sprecherinnen stellten und unterstützten Anträge an Parteigremien – so z.B. einen Antrag zur Umbenennung und geschlechtsbezogenen Öffnung des LLF, zur Besetzung des ersten Platzes der Landesliste zur Landtagswahl mit einer Frau, trans- oder intergeschlechtlichen Person, zu Corona als feministischer Krise, zur Etablierung von Diskriminierungsbeauftragten im Landesverband sowie mehrere Anträge zum Umgang mit innerparteilichem Sexismus und sexualisierter Gewalt.

Sexismus und entsprechende Strukturen

Das Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt – gesellschaftlich, aber auch speziell innerhalb unserer Partei – beschäftigte uns im Jahr 2022 noch stärker als zuvor. Unsere Anträge an den Landesausschuss im April 2022, entsprechende Antisexismus-Strukturen in Niedersachsen zu etablieren, wurden an den Landesvorstand überwiesen. Leider schien das Thema im Landesvorstand keine Priorität zu haben, denn es hat lange gedauert, bis mit uns Kontakt aufgenommen wurde und alle Initiativen zu konkreten Schritten gingen von uns aus. Letztlich übernahm die im LLF aktive Genossin Mareike Weihmann die Koordination einer vom LLF ins Leben gerufenen Vertrauensgruppe, die als erste Anlaufstelle im Falle von Sexismus und sexualisierter Gewalt dient. Da das Thema im Bundesverband und in vielen Landesverbänden zur Chefsache erklärt wurde, hätten wir uns hier mehr Zusammenarbeit und Engagement von den Landesvorsitzenden erhofft.

Wir wünschen den neuen LLF-Sprecherinnen viel Erfolg und bedanken uns bei allen für die Zusammenarbeit. Wir hoffen, dass die innerparteiliche Transformation und der Kulturwandel weiter geführt werden, auch und stärker durch den neuen Landesvorstand – denn eine gute Kultur, in der sich alle willkommen fühlen und einbringen können, ist die Basis für eine kraftvolle Wirkung unserer Partei in die Gesellschaft

Aufruf für Kandidaturen für die Landesschiedskommission

Liebe Genossinnen, liebe Genossen der Kreisvorstände.

Bitte macht dieses Rundschreiben so schnell wie möglich euren Mitgliedern zugänglich.

Liebe Genossinnen

Jedes Mitglied der LINKEN, die Gebietsverbände, die Zusammenschlüsse und die Organe der Partei haben das Recht in Konfliktfällen die Landesschiedskommission anzurufen. Sie können Anträge stellen, die dann in angemessener Frist bearbeitet und entschieden werden müssen.

Die LSchK war lange Zeit nicht arbeitsfähig, weil durch Austritt und mangelnde Präsenz keine Beschlussfähigkeit erreicht werden konnte. Auf dem Parteitag in Oldenburg wurde die Kommission auf 10 Mitglieder aufgestockt, sodass nun zumindest über die „Gemischte“ Liste fünf Genossen gewählt sind.

Genossinnen haben sich nicht zur Wahl gestellt. Das muss sich ändern. Für die Partei stellt die Förderung der Teilhabe der Frauen einen Schwerpunkt der politischen Arbeit dar. Satzung und Wahlordnung sichern euch in allen Gremien die Parität. Das nützt aber alles nichts, wenn sich keine Genossinnen zur Wahl stellen.

Auf dem Landesparteitag am 11.3.23. sind fünf Plätze auf der „Liste zur Sicherung der Mindestquotierung“ (Frauenliste) zu besetzen. Macht euch also bitte Gedanken, ob ihr an dieser Aufgabe Interesse habt bzw. wer aus eurer Kreisorganisation dafür in Frage kommt und sprecht mit den Betreffenden.

Voraussetzung ist die Bereitschaft, sich mit der Schiedsordnung, der Satzung und den für die Bearbeitung eines Falles weiter relevanten Unterlagen zu beschäftigen. Die Mitglieder der Schiedskommissionen dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes, oder eines Landes- oder Kreisvorstandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder eines Gebietsverbandes stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen.

Eine gewisse Lebenserfahrung und juristische Grundkenntnisse sind hilfreich, aber nicht zwingend. Wichtiger ist es, sich aus dem in der Partei bedauerlicherweise vorhandenen Fraktionsdenken herauszuhalten und einen möglichst objektiven Blick auf den Konflikt zu suchen. Die LSchK entscheidet nicht auf Druck irgendeiner Seite oder Gruppe, sondern nach den von der Satzung festgelegten Regeln.

Der Arbeitsumfang hängt von der Anzahl der eingehenden Anträge ab. In der Regel werden wir uns intern per Videokonferenz abstimmen und die Arbeit zuhause erledigen. Es werden darüber hinaus etwa vier formelle mündliche Verhandlungen erforderlich sein, die meistens in Hannover stattfinden.

Solltet Ihr kandidieren wollen und am Landesparteitag nicht anwesend sein, benötigen wir eine schriftliche Einverständniserklärung (eine elektronische Übermittlung beispielsweise per E-Mail oder SMS genügt). Außerdem stellt euch in der Bewerbung vor, damit sich die Delegierten ein Bild machen können. Gut ist es auch, wenn eine Delegierte oder ein Delegierter euch vorstellen kann.

Liebe Genossinnen bitte bewerbt euch, damit die Kommission nicht wieder nur mit Männern besetzt ist.

Bitte schickt die Kandidaturen ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse
kandidaturen@dielinke-nds.de

Wenn jemand überlegt zu kandidieren und weitere Fragen hat, so kann sie/er gerne bei Hans Schulze-Eickenbusch anrufen. Tel. 04209 4025

Vorliegende Kandidaturen

Stand: 22. Februar 2023

Landesvorsitzende

Franziska Junker
Thorben Peters

Stellvertretende Landesvorsitzende

Hilke Hochheiden
Ferry Marquardt

Landesgeschäftsführung

Christoph Podstawa

Landesschatzmeister*in

Wolfgang Haack

Jugendpolitische Sprecher*in

Johanna Brauer

Weitere Mitglieder des Landesvorstandes

Hans-Henning Adler
Marlon Borchers
Kai Beitelmann
Wolfgang Cornelius
Awa El-Scheich
Marianne Esders
Torben Franz
Thomas Goes
Maria-Christina Luig-Steijn
Manuela Mast
Peggy Plettner-Voigt
Nicoline Rohweder
Lisa Schmitz

Landesschiedskommission

Klaus Nielsen
Eike Schölgens

Kandidatur als Landesvorsitzende DIE LINKE Niedersachsen

Ich wurde 1963 in Ostfriesland geboren und bin in einer Arbeiter Familie mit 5 Kindern aufgewachsen.

Seit 2007 bin ich in der Partei DIE LINKE aktiv, doch unsere Ziele sind längst noch nicht erreicht und es liegt noch ein langer Weg vor uns. In Niedersachsen sind die Fehlentscheidungen der Agenda 2010 und falscher Sozialpolitik noch immer zu spüren. Coronavirus, Inflation, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierende Energiekriese – das alles stellt unseren Alltag auf den Kopf. Viele Menschen wissen nicht, wovon sie die rasant steigende Preise bezahlen sollen und was noch für Einschränkungen auf sie zukommt. dies alles sind Themen, die mich bewegen. Die Verlierer*innen der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stehen jetzt schon fest. Es sind die Erwerbslosen, die alten Menschen mit geringer Rente und die Millionen, die aufgrund von Minijobs im Niedriglohnsektor bereits in „guten Zeiten“ nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Es sind ebenfalls Familien mit kleinen Einkommen und Alleinerziehende. Unsere Partei soll für diese Menschen wieder Hoffnungsträgerin sein, für eine andere politische Welt stehen, in der Ökonomie und Ökologie im Einklang miteinander sind, in der menschliche Politik gemacht wird. Die Frage von Krieg und Frieden und die soziale Frage dürfen in Kriegszeiten nicht getrennt werden.

2023 und 2024 sind die Jahre der Entscheidung! DIE LINKE muss wieder Wahlen gewinnen!

Dazu braucht es einen hohen Gebrauchswert für die Menschen und gesellschaftlichen Relevanz. Im Bund, den Ländern und den Kommunen. Ohne gesellschaftliche Relevanz, gibt es keine guten Wahlergebnisse. Ohne gute Wahlergebnisse, gibt es keine gesellschaftliche Relevanz. Und ohne starke Fraktionen keine Ressourcen. Eine Partei, die keine gesellschaftliche Relevanz hat und nur zum Selbstzweck existier, braucht niemand. Unsere Aufgabe ist es zur politischen Meinungsbildung beizutragen und die Systemfrage zu stellen. Daher müssen ab sofort alle Kräfte, in der Partei, dem Landesverband, den Kreisverbänden, den Ortverbänden und den Fraktionen vor Ort gebündelt und auf das Ziel, Wahlen zu gewinnen, konzentriert werden. Will DIE LINKE Niedersachsen eine gesellschaftlich relevante Kraft werden, die die anderen Parteien vor sich hertreibt, so muss sie vor Ort präsenter werden und Mitglieder durch ihre politische Bildung in die Lage versetzen, diese Aufgaben anzugehen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind meiner Meinung nach Schwerpunkte wie,

- Stärkung und Verankerung der Partei aus-und aufbauen.
- Öffentliche Wirkung der LINKEN verstärken und ausbauen nötig.

Ich möchte, dass unser Land wieder gerechter wird, dass auch diejenigen eine Stimme bekommen, die von Sozialleistungen, niedrigen Löhnen und mageren Renten leben müssen.

In folgenden Gremien bin ich zurzeit aktiv:
- Kreistag Leer
- Kreisvorstand DIE LINKE Leer
- GF - Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen
- LAG & BAG Betrieb und Gewerkschaft
- Betriebsrätin der Firma ELAG

Für die ver.di aktiv:
- Bundesfachgruppenvorstand Maritime Wirtschaft
- Ehrenamtliche Richterin am Emder Arbeitsgericht

Mein Name ist Franziska Junker Aus der Basis, für die Basis Bodenständig Glaubwürdig Kompetent

Kandidatur als Landesvorsitzender

Thorben Peters, geb. 19. Mai 1987

Kreisverband DIE LINKE. Lüneburg

„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen; der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein."
Bertold Brecht, Leben des Galilei, 1939.

Liebe Genoss:innen,

Gepard, Luchs, Marder, Panther, Puma, Wiesel und Leopard – Der deutsche Rüstungszoo aus Händen der Konzernallianz Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (Jahresumsatz 8 Mrd. Euro) verspricht nichts Gutes. Das Einrichten der Ampel-Koalition auf einen langen Krieg, das Verneinen einer diplomatischen Lösung, sowie die Pläne auf Kosten öffentlicher Belange noch mehr aufzurüsten, verdienen unsere umfassende, friedens- sowie sozialpolitische Opposition. Mehr noch: Nach Pandemie, Wirtschaftskrieg und Inflation stehen wir am Ende einer jahrzehntelangen neoliberalen Politik aus Investitionsbremse, Kürzungen und Privatisierungen. Die Folgen sind für uns alle spürbar: Armutsrenten, Lohnkürzungen, Mietwucher und handlungsunfähige Kommunen. Allein in Niedersachsen fehlen 7000 Lehrkräfte, 33 Krankenhäuser sind finanziell bedroht und die Zahl der Menschen, die zu den Tafeln gehen hat sich verdoppelt. Gewachsen sind vor allem die Profite einiger Großkonzerne. Die Dinge müssen sich sehr grundlegend ändern, dafür haben wir als sozialistische Partei eine große Verantwortung.

Für diese Herausforderungen muss unser Landesverband als landespolitischer Akteur stärker werden. Wir müssen selbstbewusst auf Bündnispartner wie vor allem Gewerkschaften sowie Verbände und Bewegungen zutreten, uns vernetzten, Solidarität zeigen und uns vor allem trauen mit politischen Initiativen voranzugehen. Dafür müssen wir langfristige Schwerpunkte setzen, uns in diesen professionalisieren und unsere Verankerung ausbauen. Statt uns mit uns selbst zu beschäftigen und in Machtkämpfen zu entpolitisieren, müssen wir solidarische Debatten um Streitpunkte durch unsere Gremien und Veranstaltungen für eine gemeinsame politische Praxis aktiv organisieren. Unsere Partei ist ein Schatz an Erfahrungen, die uns helfen können Herausforderungen richtig zu beantworten. Dafür müssen alle Mitglieder in inhaltliche und strategische Fragen mehr in die Arbeit des Landesverbandes eingebunden werden. DIE LINKE Niedersachsen ist nur so stark wie ihre Kreisverbände. Deshalb braucht es auch eine stärkere Vernetzung untereinander, mehr politische Bildung sowie die gezielte Unterstützung durch den Landesvorstand beim Aufbau insbesondere ländlicher Kreisverbände. Zusammen mit euch möchte ich mich daher als Landesvorsitzender dafür einsetzen, um für eine Partei zu wirken, die diesem Anspruch gerecht wird.

Beruf: *Leiter einer Obdachlosenunterkunft / Soziale Arbeit*

Politische Schwerpunkte: *Armut, Antifaschismus und Frieden*

Partei: *Seit 2013 Mitglied, seit 2015 Kreisvorstand Lüneburg (ab 2017 Kreisvorsitzender) und seit 2017 Mitlgied im Landesvorstand (ab 2019 stv. Landesvorsitzer)*

Mitglied: *GEW, Ver.di, VVN-BdA, BdWi und CubaSi*

Mit sozialistischen Grüßen

Thorben Peters

Kandidatur zur stellvertretenden Landesvorsitzenden

- *Name:* Hilke Hochheiden
- *Alter:* 29 Jahre
- *LINKE seit:* 2011
- *Mitglied bei:* ver.di, VVN-BdA, amnesty international, Linksjugend [‘solid]
- *Schwerpunkte:* Klima, Verkehr, Infrastruktur, Ländlicher Raum
- *Kommunalmandat:* Kreistag Landkreis Oldenburg

Es ist schon fast paradox. Wir leben in einer Zeit, in der die Probleme sich häufen und sich multiple Krisen überlappen. Ein „weiter so“ ist offenkundig nicht möglich. Energiepreise, Pflegekollaps, Klimawandel, das gemeinsame Problem ist der Kapitalismus. Trotzdem kommt die LINKE nicht aus dem Quark. Es braucht eine politische Kraft, die sich für die Überwindung des Kapitalismus einsetzt. DIE LINKE ist die einzige Partei, die dafür kämpft und der es gelungen ist, sich in der BRD als relevante Partei links der SPD zu etablieren. Deswegen dürfen wir sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Es ist gerade nicht einfach, aber es lohnt sich, für DIE LINKE und für eine bessere Welt zu kämpfen.

Als ich 2021 erstmals für den Landesvorstand kandidiert habe, habe ich gesagt, dass wir die Landtagswahlen nicht im ländlichen Raum gewinnen, aber dort verlieren können. Leider haben wir sie schon in den Städten verloren. Für den Parteiaufbau heißt das, wir müssen ihn in Stadt wie Land intensivieren. Wir müssen aufhören uns mit unseren strategischen Ansätzen ständig selbst zu widersprechen. Und nach außen zeigen, dass DIE LINKE einen Unterschied macht. Mit Kommunalpolitiker*innen, die für bezahlbares Wohnen streiten, wenn mal wieder nur Luxuswohnungen für Reiche gebaut werden sollen. Mit Kreisverbänden, die aktiv helfen, eine Mieter*innen-Initiative zu organisieren, oder sich mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zusammen schließen um für den Erhalt des lokalen Krankenhauses zu kämpfen.

Die gute Nachricht ist: Es gibt in vielen Kreisen unseres Landesverbandes Ansätze. Wir haben so viele engagierte Genoss*innen mit guten Ideen. Darauf können wir aufbauen. Das schwierige daran ist, dass wir es uns selbst zutrauen müssen. Das will ich unterstützen. Unter anderem will ich ganz konkret:

- die Vernetzung und den Austausch zwischen den aktiven in den verschiedenen Kreisen fördern. Je nach Thema kann das unterschiedlich ausfallen, von einem Hinweis auf die passende LAG bis hin zum Schaffen von neuen Formaten.
- die Kreisvorstände- und Aktivenkonferenz weiterentwickeln und dabei die aktuelle Doppelrolle als Ort der direkten Wissensweitergabe über das administrative und operative Tagesgeschäft und als Austauschformat über aktuelle politische Themen berücksichtigen.
- die strategischen Debatte darüber, wie linke Wirkmacht aufgebaut werden kann, offen und ehrlich miteinander führen. Dabei soll auch diskutiert werden, was das für die aktuellen Krisen heruntergebrochen auf Kreis- und Landesebene bedeutet.
- dass die LINKE Niedersachsen stärker aktiv wird im Kampf gegen die A20 und für den Erhalt der ökologisch wichtigen Moore.
- intern das Thema Ressourceneffizienz, insbesondere die Zeit der ehrenamtlichen Aktiven, angehen. Neben den finanziellen Auswirkungen bedeutet Mitgliederschwund für die lokale Ebene, dass wir verstärkt überlegen müssen, wie ohnehin dünn aufgestellte Kreisverbände im administrativen Tagesgeschäft entlastet werden können.
  Als jemand, der selbst neben politischen Ehrenamt und Vollzeitjob zusätzlich noch eine pflegebedürftige Mutter zu Hause hat und in zwei Chören singt, habe ich was Zeitmanagement des Landesvorstands angeht zugegebenermaßen auch ein gewisses Eigeninteresse.

Die Aufgaben sind groß, verlieren können wir wenig, zu gewinnen gibt es das gute Leben für Alle und eine gerechte Welt. Packen wir es an!

Kandidatur als stellv. Landesvorsitzender

Ferry Marquardt

Liebe Genoss*innen,

wir haben letztes Jahr mit großen Kräften einen engagierten Landtagswahlkampf geführt. Das schlechte Ergebnis ist zwar nicht nur uns zuzuschreiben - doch auch als Landesverband tragen wir Verantwortung für auf Bundesebene sichtbare Konflikte - und müssen unabhängig von diesen werden.

Um unabhängig zu werden, müssen wir keine langen Diskussionen darüber führen, ob wir auf Kümmerer- oder Bewegungspartei hinarbeiten wollen. Denn diese Diskussionen tun vor allem eins: Uns davon abhalten, tatsächlich auf irgendetwas hinzuarbeiten. Im Gegenteil: Unabhängig werden wir, indem wir Kümmerer- und Bewegungspartei sind.

Wir müssen praktisch in der Gesellschaft wirken, mit Menschen ins Gespräch kommen und Hilfe leisten. Das können wir nur, indem wir uns in alle Richtungen vernetzen. Wir müssen auch diskutieren - doch dabei sollten wir landespolitische Themen in den Mittelpunkt stellen: Wie kommen wir zu mehr Tarifbindung? Wie können wir rot-grün daran hindern, weiter Moore für Autobahnen trockenzulegen? Welche politischen Instrumente gibt es gegen die grassierende Armut in Niedersachsen?

Wir müssen Antworten finden und diese auch populär machen. Dazu braucht es Mitglieder, die an Infoständen, Haustüren und SocialMedia mit den Menschen kommunizieren. Mitglieder, die Lust haben, praktisch tätig zu sein.

In Hildesheim veranstalten wir regelmäßig eine solidarische Küche, bei der wir kostenlos Essen ausgeben. Das ist keine groß ausdiskutierte Sache, doch macht uns für unsere Mitglieder erlebbar, leistet konkrete Hilfe und vernetzt uns mit anderen Menschen, die im Sinne einer solidarischen Gesellschaft wirken wollen.

Dafür möchte ich als stellvertretender Landesvorsitzender weiter arbeiten: Einen inhaltlich gut aufgestellten Landesverband, der Mitgliedern vor Ort ermöglicht, mit Lust an der politischen Arbeit unkompliziert tätig zu werden. Ich will mit euch Stück für Stück auf mehr Gerechtigkeit und letztlich auf die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft hinarbeiten.

Solidarische Grüße
Euer Ferry

Partei

Kreisvorstand Hildesheim
seit 2021
- Stellv. Schatzmeister
- Wahlkampfleitung LTW 22

Landesvorstand Niedersachsen
seit 2022
- Social Media
- Leitung Spendenkampagne LTW
- Koordination Podien LTW
- Organisation Bustour LTW

Europawahl 2024
- Teilnahme „School of Europe“
- Teil des Bundeswahlbüros
- Stellv. Landeswahlkampfleiter

Privat

31, Studium „Literarisches Schreiben und Kulturjournalismus“, Medien & Philosophie, Lore-Auerbach-Stipendiat, Kaufmann für Marketingkommunikation, Moderator im Lokalradio

Fördermitgliedschaften:
ASB, attac, WWF, taz

DIE LINKE.

Bewerbung als Landesgeschäftsführer

Christoph Podstawa

Liebe Genoss*innen,

in den letzten vier Jahren konnte ich viele von euch kennenlernen, die tolle Arbeit leisten, an unserer gesellschaftlichen Verankerung arbeiten und DIE LINKE. Niedersachsen erlebbar machen. Je engagierter die Genoss*innen vor Ort sind, desto weniger spielen parteiinterne Konflikte eine Rolle. Diese Genoss*innen sind die Hoffnungsträger*innen unserer Partei. Gleichzeitig trifft sie die Krise der Partei am härtesten. Der Weg aus dieser Krise führt über die Stärkung ihres Engagements. Was einfach klingt, setzt kollektive Kraftanstrengung voraus.

Wie in den letzten Jahren kandidiere ich wieder als mobiler Landesgeschäftsführer und freue mich über jede Einladung und Diskussion. Darüber hinaus sehe ich folgende Schwerpunkte:

Ressourcen bündeln – Strukturen reformieren:
Die nächsten Jahre müssen wir mit deutlichen weniger Ressourcen arbeiten. Alle Gremien müssen auf den Prüfstand. Selbstbeschäftigung gehört auf ein Minimum reduziert. Ressourcen müssen in die Öffentlichkeits-, Programm- und Bündnisarbeit fließen. Ich möchte den Niedersachsenratschlag weiterentwickeln und etablieren. Die Expertise aller Hauptamtlichen gilt es zu vernetzen und für die Aktivitäten vor Ort zu nutzen. Es braucht ein gemeinsames Arbeiten aller.

Mitglieder stärken und ausbilden:
Pluralismus ist eine Stärke. Wer Lust hat sich politisch weiterzuentwickeln und Verantwortung im Landesverband übernehmen möchte, muss dabei begleitet werden und Perspektiven aufgezeigt bekommen. Neben der Bildungsarbeit möchte ich eine Aktiven- und Strategiekonferenz in meiner nächsten Wahlperiode anstoßen, die der Verständigung und Vernetzung dient, unseren politischen Kompass schärft und uns allen Hoffnung macht.

Blick auf die Kommunalwahl legen:
Kommunalpolitik ist ein Seismograph für unsere gesellschaftliche Verankerung. Sie bildet die Brücke für den Wiedereinzug in den Landtag. Die EU- und Bundestagswahlen müssen zur Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 und Landtagswahl 2027 genutzt werden. Kampagnen und politische Schwerpunktlegungen gilt es von der Kommunal- und Landtagswahl aus zu denken.

Ich danke für die Zusammenarbeit der letzten Jahre und bitte euch erneut um euer Vertrauen.

Solidarische Grüße,
Christoph

DIE LINKE.

Bewerbung zum Landesschatzmeister – Landesparteitag 11./12. März 2023

Liebe Genoss:innen,

hiermit bewerbe ich mich um das Amt des Landesschatzmeister DIE LINKE.Niedersachsen.

Im Mai 2022 besetzte ich die Funktion des stellvertretenden Landesschatzmeisters und seit November wirke ich als Landesschatzmeister. Ich wurde sehr gut im Kreis des Landesvorstands, des Landesfinanzrats und den weiteren Parteigremien wie bspw. dem Bundesfinanzrat aufgenommen. Besonders möchte ich mich dabei bei den Genoss:innen des Landesvorstands bedanken. Ich empfand die Diskussionen rund um den Haushalt und der politischen Steuerung stets produktiv und wertschätzend.

Unsere Partei steht vor vielen Herausforderungen – eine davon ist die sich verschärfende Situation im Bereich der Finanzen. Wahlergebnisse und Mitgliederentwicklung führen weniger Ressourcen für die politische Arbeit mit sich. Das große Engagement vieler Mitglieder stemmt sich dem entgegen aber wir in Niedersachsen brauchen einen Prozess, der dieser neuen Lage gerecht wird. Gerne setze ich mich gemeinsam mit euch und den Gremien des Landesverbands ein, unserer Partei Stabilität zu verleihen – nicht nur im Bereich der Finanzen, sondern auch politisch. Lasst uns gemeinsam den Nutzwert der LINKEN zeigen. Die multiplen Krisen der Zeit benötigen Antworten und Visionen von links.

Ich möchte mich dort einbringen, wo ich denke, dass meine Stärken zu Tragen kommen. Im Zusammenspiel mit dem Landesvorstand will ich dazu beitragen, dass zuvorderst unsere begrenzten Ressourcen zielführend politisch verwendet werden. Gerne würde ich auch die schon länger geplante Beitragskampagne umsetzen. Daneben stehen viele Umstrukturierungen an, die gemeinsam mit Landesvorstand und Landesrat entwickelt und diskutiert wurden und mit dem neuen Landesvorstand anzugehen wären. Ich möchte die gute und offene Zusammenarbeit mit dem Landesfinanzrat weiter intensivieren – ein Gremium das ich stets als Ort des produktiven Austauschs erfahren habe – so wie es auch bei der Haushaltsvorstellung der Fall war. Die Unterstützungen der Kreisverbände als auch die Ermunterung zur solidarischen Hilfe untereinander und die Umstellung/Einführung des neuen Mitgliederprogramms will ich eng begleiten.

Zur Person:

Mitglied in der LINKEN bin ich seit über 10 Jahren. Richtig aktiv in der Parteiarbeit bin ich seit etwa fünf Jahren, nachdem ich mit meiner Familie in den Heidekreis gezogen bin. Mit meinen Genoss:innen vor Ort konnten wir im Kreis zumindest wieder zwei Mandate gewinnen, nachdem es in der vorherigen Periode im gesamten Kreisgebiet kein/e Mandatsträger:in gab. Ich selbst sitze als Ratsmitglied in der Stadt Walsrode und im Kreistag sind wir nun ebenfalls zumindest mit einer Stimme wieder vertreten. Darüber hinaus bin ich aktuell Kreisvorsitzender im Heidekreis und bearbeite als stellvertretender Kreisschatzmeister die Kreisbuchhaltung (mit dem Ziel einen jungen Genossen fit für die Aufgabe vor Ort zu machen).

Inhaltlich stehe ich für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau, einen starken Sozialstaat und einem internationalen Blick. Einer der Kerngründe für mein Engagement in der LINKEN ist, dass unsere Partei als letzte noch positive Visionen hat und sich traut einen notwendigen Systemwechsel zu formulieren. Wir sollten aber auch nie vergessen, dass es oft die kleinen Schritte sind, sofern die Richtung stimmt, die auch große Erfolge sein können und Erleichterungen für Menschen bringen, für die und mit denen wir uns einsetzen. Hierzu möchte ich einen Beitrag leisten. Mein beruflicher Werdegang als Diplom-Betriebswirt und aktuell bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt und dort für den Haushalt zuständig, bringen Bausteine mit, mit denen ich mich gerne an der Stelle in der Partei einbringe, die ihr am ehesten dient. Gemeinsam möchte ich mit unseren Gremien die Partei auf Finanzebene am Laufen halten und bitte dafür um euer Vertrauen.

Wolfgang Haack

Persönliches:

42 Jahre / zwei Kinder

Ausbildung zum Groß- & Außenhandelskaufmann

Diplom-Betriebswirt

Funktionen/Mitglied:

DIE.LINKE seit 2010

LSM ab 9/2022

Kreisvorsitzender Heidekreis

Ratsherr Walsrode

attac

Ver.di

VVN-BdA

KANDIDATUR ZUR JUGENDPOLITISCHEN SPRECHERIN:
JOHANNA BRAUER

Liebe Genoss:innen,
die Welt muss sich verändern, damit wir eine Zukunft haben.
Der Kapitalismus ist das Gift für die Jugend sowie die Arbeiter:innenklasse.Der Sozialismus und die Revolution brauchen als Gegenmittel neben starken Bewegungen eine radikale Systemopposition auch in den Parlamenten, die zwar ihre Grenzen kennt aber dennoch sowohl für Reformen als auch das Wachstum der Klassenmacht bis ans äußerst mögliche geht.

Ich bin Johanna und kandidiere im Namen der Linksjugend [´solid] als jugendpolitische Sprecherin. Mein Ziel ist es die Radikalität des Jugendverbandes in den Landesvorstand zu tragen und damit den Kampf um eine Alternative zum Kapitalismus stärker in den Fokus unserer politischen Arbeit zu rücken. Es sollte Konsens sein, dass sich Klimakatastrophe, patriarchale Unterdrückung und brutale Kriege nicht bekämpfen lassen wenn man das System dahinter nicht begreift.

Ich selbst wohne aktuell in einer Jugendhilfe Einrichtung und muss mich neben der Therapieplatzsuche noch mit einem Schulsystem rumschlagen was sich mehr um meine spätere Verwertbarkeit als meine Gesundheit oder persönliche Entwicklung sorgt. Ich interessiere mich neben der Frage nach einem modernen Materialismus vor allem für Gesundheits-, Behinderten- und selbstverständlich Jugendpolitik. Ich bin aktuell Landessprecherin der Linksjugend [´solid] Niedersachsen und damit jährlich auf zahlreichen Bundesveranstaltungen um mich mit tollen Genoss:innen auszutauschen und mich weiterzubilden. Mir liegen der Jugendverband und seine Mitglieder sehr am Herzen, weshalb ich mich umso mehr freue von ihm als jugendpolitische Sprecherin nominiert worden zu sein.

Ich sehe meine Aufgabe darin die Position des Jugendverbandes überwiegend unabhängig meiner eigenen Meinung zu repräsentieren, sofern es Beschlusslagen dazu gibt. Abgesehen davon werde ich kein Problem damit haben, radikale Meinungen zu vertreten und den Finger vielleicht auch mal in die klaffenden Wunden unserer Partei zu legen. Ich glaube nicht an betretenes Schweigen um den Konflikten nicht ins Auge sehen zu müssen. Burgfrieden lässt uns weder Klassenmacht noch Wahlen gewinnen, wenn die Mauern nach außen schon lange löchrig sind und bröckeln.

EIN BEKANNTES ZITAT VON ROSA LUXEMBURG LAUTET:

„Zu sagen was ist bleibt die revolutionärste Tat“

UND FÜR DIESE REVOLUTION GILT ES ZU STREITEN.

IN DIESEM SINNE HOFFE ICH AUF EINE GUTE ZUSAMMENARBEIT IM LANDESVORSTAND .
FREUNDSCHAFT!

Bewerbung für den Landesvorstand:

Hans-Henning Adler

Wenn Ihr einverstanden seid, würde ich meine bisherige Tätigkeit im Landesvorstand auch 2023 gerne fortsetzen. Ich hatte mich zuletzt im Landesvorstand besonders in der Mietenkampagne engagiert, an der Ausarbeitung des Landeswahlprogramms beteiligt und hatte den Landtagswahlkampf mitgestaltet.

Nach der Wahlniederlage 2022 sollten wir deutlich machen, dass DIE LINKE immer noch da ist und Anspruch auf aktive Mitgestaltung auch der Landespolitik erhebt.

Ich würde mich im neuen Landesvorstand deshalb besonders für die Weiterentwicklung unserer landespolitischen Positionen einsetzen und natürlich meine kommunalpolitischen Erfahrungen einbringen.

Gegenwärtig geht es mir vor allem darum, unsere Friedenspolitik deutlicher zu formulieren. Natürlich hat Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen. Mit dieser Feststellung ist aber noch keine Lösung zur Beendigung des Krieges gefunden worden, weil immer mehr Waffenlieferungen alles nur noch schlimmer machen. Politisch muss darauf gedrungen werden, einen Waffenstillstand zu erreichen und über weitere Verhandlungen auch einen Friedensschluss. Ultimative Forderungen und von der jeweiligen Gegenseite unerfüllbare Vorbedingungen zu formulieren, machen Verhandlungslösungen unmöglich. Das sollten die Regierenden in Deutschland nicht nur Putin sondern ebenso entschieden Selenskyj sagen. Nur über Kompromissbereitschaft kann eine Lösung des Konflikts und ein Ende des Massensterbens erreicht werden.

Meine bisherigen Funktionen: Ich war mal Landesvorsitzender der PDS Niedersachsen, bin seit 1996 Mitglied des Stadtrates von Oldenburg (mit einem Jahr Unterbrechung). Von 2008 – 2013 war ich für die LINKE im Landtag, dort zuletzt Fraktionsvorsitzender. Mitglied des Landesvorstandes.

Beruf: Rechtsanwalt, 2020 auch Buchautor („Kapitalmacht wirksam bändigen“)
Solidarische Grüße

Hans-Henning Adler

Bewerbung zum Beisitzer im Landesvorstand

K A I B E I T E L M A N N

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich für den Landesvorstand der Partei DIE LINKE Niedersachsen.

Pressesprecher der Linksjugend Aurich.
Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Aurich.

Vor nun zwei Jahren habe ich in Aurich mit Freunden die hiesige Linksjugend gegründet und bin seit letztem Jahr auch im Kreisvorstand meines Kreisverbandes vertreten. In dieser Zeit haben wir viel erreicht und uns auch als Jugend in die Kommunalpolitik eingemischt.

Letztes Jahr habe ich den Auricher Wahlkampf begleitet und bin für unsere Partei an Wahlständen und auf Podiumsdiskussionen in Erscheinung getreten. Auch einige öffentliche und gut besuchte Seminare habe ich mit meinen wunderbaren Genossinnen und Genossen der Linksjugend abgehalten.

Podiumsdiskussion zur LTW 2021

Mein Blick war hierbei immer auf Menschen gerichtet, die noch zur Schule gehen, gerade ihre Ausbildung machen oder anderweitig abhängig beschäftigt sind.

Kommunalpolitik und Jugendpolitik sind also Herzensthemen und auf kommunaler Ebene haben wir viel erreicht.
Dementsprechend möchte ich, dass diese Erfolge im gesamten Landesverband spürbar werden und dass sich mehr — vor allem auch junge Menschen — für linke Kommunal- und Landespolitik interessieren.
Ich komme aus einem einfachen Arbeiterhaushalt, lebe nicht in einer Großstadt und habe keinen städtischen Bahnhof. Die jungen Leute müssen gezwungenermaßen Auto fahren, um Freunde zu treffen oder gar zur Schule zu gehen. Den Konflikt müssen wir für einen sozial-ökologischen Wandel berücksichtigen und effektiv bekämpfen!

Diese Perspektive möchte ich in den neuen Landesvorstand mit einbringen.

Machen wir uns nichts vor.
DIE LINKE wird ihrem Anspruch, eine Partei zu sein, welche sich für die Mehrheit der Menschen einsetzt, nicht gerecht. Die Wahlergebnisse sind ein wirkliches Trauerspiel.
Und das muss sich dringend ändern.

Wir müssen glaubwürdig für die Menschen stehen und ihnen wieder das Gefühl geben, dass wir für sie da sind — komme, was wolle.

Verstecken wir uns nicht weiter vor den anderen Parteien, sondern lasst uns konsequent widersprechen!
Die Missstände der regierenden Politik liegen offen. Wir müssen Lösungen anbieten und zeigen, dass sich unser Kurs von den anderen unterscheidet.

Jedes Mitglied, welches das Erfurter Programm gelesen hat, weiß, dass wir Lösungen haben und wieso wir Mitglieder dieser Partei sind.
Lasst uns unser Programm kämpferisch verteidigen und eine Mehrheit der Gesellschaft mit bedingungslos sozialer Politik begeistern!

Nur wenn wir von uns selbst begeistert sind, können wir auch andere begeistern!

In solidarischer Verbundenheit
Kai Beitelmann

E-Mail: m.borchers@dielinke-kreis-stade.de

Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss:innen,

seit 2021 arbeite ich als aktives Parteimitglied in Stade und beteilige mich in unterschiedlichen Bereichen an der Basisarbeit. Als Sprecher der Basisorganisation Stade besteht meine Aufgabe darin, die Stader Genoss:innen nach außen zu repräsentieren, als stellvertretender Kreisschatzmeister beteilige ich mich an der Weiterentwicklung unseres Kreisverbandes und es ist uns in den zwei Jahren gelungen, eine starke Jugendorganisation aufzubauen. DIE LINKE Stade ist heute stärker als noch vor wenigen Jahren und das macht mich stolz.

An der Universität Hamburg studiere ich Sozialökonomie und erhalte das Privileg, mich auf theoretischer Ebene mit unserem Wirtschaftssystem auseinanderzusetzen. Mir ist schon länger bewusst, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann. Aus diesem Bauchgefühl hat sich mittlerweile Wissen entwickelt. Als Beschäftigter im Einzelhandel erlebe ich die ausbeuterische Logik am eigenen Leib, wie Millionen andere auch. Für mich ist klar, dass das System nicht reformierbar ist. Reformen sind weder die Antwort auf die Klimakrise, noch auf die soziale Frage. Jeder Versuch, basierend auf einer kaputten Grundlage, das Bestehende zu verbessern, wird zwangsläufig scheitern. Letztendlich sorgt ein solches Vorgehen nur zur Stabilisierung des Status Quo.

DIE LINKE muss ihr Profil schärfen. Wir sind eine sozialistische Partei und wir sind die einzige Friedenspartei im Land. Sozialismus ist eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nicht nur die Rückkehr zum Kapitalismus der 60er Jahre. So richtig die Forderungen nach einer breiten Abdeckung von Tarifverträgen oder hohe Mindestlöhne sind, so dürfen wir da nicht halt machen. Anstatt gedanklich nur im bestehenden System zu verharren und dessen Stellschrauben zu verändern, müssen wir weiterdenken. Unser Ziel darf es doch nicht sein, deren Spiel nach deren Regeln einfach nur mitzuspielen.

Als junger Familienvater möchte ich der Perspektive junger Familien Raum geben. Eine solche Sichtweise wird den Landesvorstand bereichern, denn junge Eltern leben oftmals in prekären Verhältnissen. Wir leben in einem Land, in dem Millionen Kinder in staatlich verordneter Armut leben. Weder SPD, noch Grüne, CDU oder FDP ändern diesen Zustand. In einem Land, in dem immer von Zukunft geredet wird, verschwendet die Regierung Potenziale und schafft Perspektivlosigkeit.

Bei Rückfragen stehe ich euch gerne zur Verfügung.

Mit sozialistischen Grüßen
Marlon Borchers

Bewerbung

zum Beisitzer im Landesvorstand

WOLFGANG CORNELIUS

MITGLIED IM VORSTAND
KV LÜCHOW-DANNENBERG /WENDLAND

Verehrte Genossinnen und Genossen,

Hiermit bewerbe ich mich als Beisitzer für den neuen Landesvorstand.
Politisiert in der Hausbesetzerszene in den 80erJahren in Köln und großer Sympathie zum KB, habe ich als selbständiger Tischlermeister und Familienvater viele Jahre meine Energie in Familie und Betrieb investiert. Und das politische Geschehen eher vom Sofa aus verfolgt. Einzige Ausnahme, seit es mich 1995 ins Wendland verschlug, waren die jährlichen Castortransporte nach Gorleben, an denen natürlich auch ich viel Zeit sitzend auf den Schienen verbracht habe.
Im Oktober 21 dann die Bundestagswahl, bei der wir nur ganz knapp in den Bundestag kamen. Da hatte ich dann allerdings das Gefühl, daß die Reservetruppen aus dem Gebüsch aufs Feld müssen. Seit Oktober 21 also recht aktiver Genosse. Meine große Anfangsmotivation wurde dann zügig geerdet, als ich mitbekam, über was man sich so streitet in der Partei, und vor allem mit welchem Diskussionsstil oft echte Auseindersetzung und Lösungssuche auch verhindert werden.
Gut, ich habe mich dann gefragt, ob sich der Parteieinsatz lohnt. Und dann für mich entschieden, daß ich es auch weiter versuchen werde. Dann aber richtig, und dann möchte ich auch mitdiskutieren und mitentscheiden. Deshalb Landesvorstand.

Was bringe ich ein in den LV ?
-Ich habe 20 Jahre (nach der Selbständigkeit als Tischler) als Küchenverkäufer gearbeitet. Unter anderem bei der zweitgröpßten Möbelkette Deutschland`s. Wenn jemand wissen möchte, wie sich prekäre Arbeits-bedingungen ohne jeden gewerkschaftlichen Schutz anfühlen: Ich kann Auskunft geben.
-fundierte Kenntnisse über`s Verkaufen. Wozu das wichtig ist?
Ich meine, unser Problem sind nicht die Inhalte. Wir sehen die Schieflagen und Ungerechtigkeiten, wir analysieren sie auch richtig und bieten sogar die richtigen Lösungen. Aber die schönste Ware ist leider überhaupt gar nichts wert, wenn sie nicht verkauft wird.
Ich würde gerne daran mitarbeiten, daß gute Inhalte auch gut vermittelt werden. Und die Vermittlung selber als eigenständiges Thema in der Partei voranbringen.
-viel Erfahrung im socialmedia Bereich, speziell YouTube. Nach meiner Tätigkeit als Verkäufer bin ich seit 2,5 Jahren wieder selbstständig. Recht erfolgreich als 1 Mensch Unternehmen in der Küchenplanung. Undzwar zu nahezu 100% im Netz. Fast alle meine Kunden generiere ich über YouTube.

Bin gespannt auf den Landesparteitag
Wolfgang Cornelius

Awa El-Scheich

Ratsherr in der Gemeinde Bad Zwischenahn
Sozialwissenschaftler
Student und Gastronom

Liebe Genossinnen und Genossen,

sehr gerne würde ich für den Landesvorstand kandidieren. Niedersachsen braucht eine starke linke, die deutliche Akzente in Sachen Wohnungspolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Energiepolitik und natürlich Arbeits- und Klimapolitik setzt. In unserem Bundesland gibt es viele Baustellen, dass marode Gesundheitssystem, der Lehrkräftemangel an den Schulen und die immer weitersteigenden Mieten sowie die grassierende Alters- und Kinderarmut machen das Leben der Menschen hier immer schwieriger. Es muss das Ziel unserer Politik sein, Maßnahmen und Programme zu definieren, welche die Lebensbedingungen der Menschen hierzulande verbessern kann. Diese Programme müssen in einer einfachen, verständlichen Sprache erfolgen, damit wir als Partei auch künftig wahrgenommen werden, vor allem von unserer eigentlichen Stammwählerschaft, die sich zum Teil nicht mehr abgeholt fühlt.

Die deutliche Niederlage bei der Landtagswahl 2022 sollte für uns als Partei ein Weckruf sein. Wir dürfen uns nicht mehr in internen Graben- und Lagerkämpfen verwickeln lassen. Ich würde als künftiger Landesvorstand an einer transparenten Kommunikation arbeiten, die unsere Partei wieder auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Wir sind es unseren Wählerinnen und Wähler und den Menschen in Niedersachsen und Deutschland seit Jahren schuldig. Wir als Partei sollten internen Streitereien nicht mehr Platz einräumen als den Sorgen und Nöten der Menschen in unserem Bundesland!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich identifiziere mich mit dieser Partei und mit Niedersachsen. Für mich gibt es nach der Wahlniederlage nur eine Richtung für die nächste Landtagswahl, die heißt 5 % Plus!

Awa El-Scheich

KONTAKT

E-MAIL:
Awa662@gmail.com

Facebook:
Awa El-Scheich

Instagram:
Awa.El.Scheich

Marianne Esders

Kandidatur für den Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen
9. Landesparteitag am 11. & 12. März 2023

DIE LINKE ist für mich die Partei, die sich für ein solidarisches Miteinander und die Teilhabe ALLER Menschen engagiert. Sie regiert nicht von oben herab, sondern verankert sich in den Kommunen und stärkt die Menschen, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden und sonst keine Stimme haben.

Und DIE LINKE ist für mich die Partei, die sich mit ihrem demokratisch-sozialistischen Anspruch dafür stark macht, mit den Menschen, die von Armut, Ausgrenzung, Krieg, Klimawandel und Ungerechtigkeit betroffen sind, Veränderungen zu einer gerechten, friedlichen Gesellschaft zu bewirken. Wir bieten mit sozialistischen Ansätzen wie Umverteilung, Vergesellschaftung, Investitionen in die soziale Infrastruktur und dem sozial-ökologischem Umbau eine Politik, die den Menschen hilft.

Im täglichen Leben gilt es, eine feministische Perspektive zu stärken, die intersektional agiert und sich mit emanzipatorischen Ansätzen den strukturellen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik entgegenstellt.

In meiner Arbeit für SOS Humanity und die Seebrücke engagiere ich mich für eine humane und solidarische Flucht- und Migrationspolitik und gegen die Abschottung und das tägliche Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen. Flucht und zivile Seenotrettung sind keine Verbrechen und müssen entkriminalisiert werden! Wir brauchen sichere Fluchtrouten, Bleibe- und Mitbestimmungsperspektiven für Alle sowie ein Landesaufnahmeprogramm, das den Kommunen mehr Spielraum bei der eigenverantwortlichen Aufnahme und Teilhabe schutzsuchender Menschen gewährt.

Auch der Klimawandel ist ein Thema, das mich und viele Menschen bewegt und in stetig steigendem Ausmaß betrifft, sei es durch klimabedingte Naturkatastrophen wie im Ahrtal oder Auswirkungen auf landwirtschaftliche Nutzflächen, das Grundwasser oder in Niedersachsen die Moore und das Weltnaturerbe Wattenmeer. In der AG „Sozial-Ökologischer Umbau“ des KV Lüneburg arbeiten wir an Konzepten, die über einen grünen Kapitalismus hinausgehen und im Sinne eines demokratischen Sozialismus die Arbeiter*innen und Gewerkschaften in die Verwirklichung einer sozialverträglichen und klimaschonenden Grundversorgung einbeziehen. Wir brauchen eine Mobilitätswende hin zu flächendeckendem, kostenbefreitem ÖPNV und reaktivierten Bahnstrecken. Wir brauchen den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen und weder LNG-Terminals noch die Förderung fossiler und atomarer Energien. Und wir brauchen eine Industrie und Landwirtschaft, die nachhaltig ist und die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen nicht weiter zerstört.

Nicht zuletzt brauchen wir eine Umverteilung des Reichtums und die Förderung kollektiver, sozialer und kultureller Einrichtungen und Bewegungen hin zu alternativen Versorgungs-, Wirtschafts- und Lebensweisen, die die Art wie wir produzieren, konsumieren und miteinander leben, grundlegend verändern. Wir brauchen eine Landesregierung, die mindestens ihre Wahlversprechen einhält und die dringend benötigten Veränderungen nicht immer weiter auf die lange Bank schiebt.

Dafür brauchen wir einen Landesvorstand, der sich an den Stellen einmischt, an denen es hakt, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren und Betroffenen dafür kämpft, Veränderung zu bewirken und auch im Hinblick auf die anstehende Europawahl dafür sorgt, dass LINKE Politik anschlussfähig und wählbar bleibt und den Menschen einen Ausweg zeigt.

Kontakt: marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Geboren am 14.01.1981 in Leer (Ostfriesland)

Seit 2021 Kreisfraktionsgeschäftsführerin und Vorstandsmitglied im KV Lüneburg sowie Mitglied der AG gegen Diskriminierung, der LAG Kultur, der LAG Antifaschismus und des Landesrats LINKE Frauen

Seit 2021 Referentin für Partnerschaften und Kooperationen bei SOS Humanity

Seit 2019 aktiv bei der Seebrücke

2015-2020 Mitbegründerin des Welcome and Learning Centers Lüneburg und Dozentin für Deutsch im Integrationsbereich der VHS Lüneburg

2012-2014 wiss. Mitarbeiterin „Society for Research & Initiatives for Sustainable Technologies and Innovations“ und am „IIM Ahmedabad“, Indien zu Grassroots-Innovations

2007-2011 wiss. Mitarbeiterin am CSM (Center for Sustainability Management), Leuphana Universität zum Thema Innovationen und Nachhaltigkeit

Doppel-Master in EU-Politik und Internationaler Betriebswirtschaftslehre

Mitglied bei: Seebrücke, ver.di, sneep, Rosa Luxemburg Club, Honeybee Network India

Direktkandidatin im WK 48 Lüneburg Land & Listenkandidatur auf Platz 5 zur Landtagswahl 2022

Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss*innen,

Die Zahl der Sozialwohnungen ist rückläufig. Die Zahl der Obdachlosen steigt gleichzeitig ins Unermessliche. Weder die Bundesebene schafft es tatsächlich ausreichend Wohnungen zu bauen noch die Rot-Grüne Landesregierung. Der Wiedereinstieg in den Sozialen Wohnungsbau wird verpennt. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten der Kommunen für günstigen Wohnraum zu sorgen immer knapper. Die Europäische Union hat ausgerufen bis 2030 die Obdachlosigkeit beenden zu wollen, Maßnahmen dafür werden allerdings kaum ergriffen.

Es zeigt sich eins: die Wohnung als Ware am Markt ist gescheitert. Der Markt ist weder in der Lage noch Willens ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die Bevölkerung bereit zu stellen. Viel mehr frisst er die Haushaltseinkommen der Menschen auf und sorgt so dafür, dass grade Haushalte mit geringen Einkommen kaum Rücklagen bilden können.

Dadurch wird das Menschenrecht auf Wohnen eine hohle Phrase!

Als Linke sind wir die einzige Partei, die eine Antwort auf dieses Problem hat: Wohnungen aus der öffentlichen Hand bauen, Baupläne verpflichtend mit Sozialen Wohnungsbau versehen, öffentliche Anstalten für den Wohnungsbau auf allen Ebenen – Wohnen muss wieder dem Markt entrissen werden und dem Gemeinwohl unterstellt werden.

Spekulationen mit dem Menschenrecht auf Wohnen verbieten!

Meine Vision ist eine Zukunft, in der jeder Mensch über eine warme Wohnung verfügt, die er oder sie bezahlen kann und trotzdem noch im Lokal vor Ort essen gehen kann. Eine Welt in der Menschen, die ihre Wohnung verlieren direkt in eine neue untergebracht werden, nach dem Prinzip „Housing First".

Mein Fokus auf Wohnungspolitik dürfte deutlich geworden sein. Ich möchte meine Sicht als Sozialarbeiter und mein Fachwissen zum Thema Wohnen und Sozialsystem in den künftigen Landesvorstand einbringen, um unser politisches Profil als sozialistische Partei zu schärfen.

Ich will meinen Beitrag dazu leisten unsere Partei als Mitgliederpartei zu stärken. Wir müssen eine Partei werden, die im Alltag der Menschen stattfindet, sei es in der Nachbarschaft, in der Zivilgesellschaft oder auch in der Kneipe.

Für Rück- oder Verständnisfragen stehe ich unter torben.franz94@web.de oder 0162 59 17 759 zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Torben Franz

Torben Franz,
geboren am 18.08.1994

Parteimitglied seit 2011,
verheiratet, Sozialarbeiter

- **Stellv. Vorsitzender im KV Nienburg**
- **Stellv. Vorsitzender Ortsverein ver.di**
- **Mitglied im Vorstand des Weserbeatz e.V.**
- **Direktkandidat bei der Landtagswahl 2022**
- **Mitglied im Stadtrat Nienburg von 2016 bis 2021**

Mitgliedschaften:

- **ver.di**
- **Weserbeatz e.V. - „Nazis aus dem Takt bringen"**
- **Rockinitiative Nienburg e.V.**
- **Herberge zur Heimat Nienburg e.V.**

Kandidatur für den Landesvorstand: Thomas Goes, KV Göttingen

Liebe Genoss:innen, wir haben große Aufgaben zu lösen, wenn DIE LINKE wieder stärker werden soll. Um uns hat sich ein isolierender Ring gelegt, der uns von denen trennt, für und mit denen wir Politik machen wollen. Das müssen wir ändern. Und das können wir auch ändern.

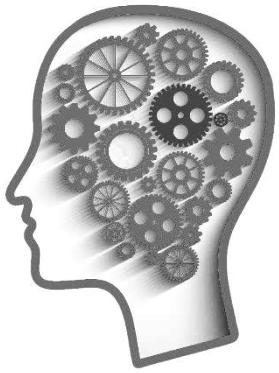
Wir müssen die Wütenden wieder mehr erreichen, die von der etablierten Politik frustriert sind. Aber auch die Hoffenden, die jeden Tag an einem besseren Land arbeiten, ob nun als Betriebsräte, ehrenamtliche Fußballtrainer, die den Kindern eine Perspektive geben wollen, ob nun als Antifa- und Klimaaktivist:innen oder Menschen, die sich in Erwerbsloseninitiativen einbringen. Und auch die Solidarischen, denen es eigentlich selbst gut geht, die sich aber eine gerechtere Welt wünschen. Ich möchte dazu beitragen, dass wir eine Partei werden, auf die diese Menschen zählen.

Im Landesvorstand möchte ich mich für vier Dinge einsetzen: *(1)* Ich möchte an einer *sozial gerechten ökologischen Industrie- und Wirtschaftspolitik* mitarbeiten, in deren Mittelpunkt gleichzeitig die Interessen der Beschäftigten als auch der Schutz der Umwelt steht. *(2)* Ich möchte außerdem eine *Nicht-Wähler:innenstrategie mitentwickeln*. Je weniger Geld die Leute verdienen und je weiter unten in der Klassengesellschaft sie sich befinden, desto seltener gehen sie wählen. Soll die Stimme dieser Menschen wieder gehört werden und wollen wir wieder Wahlen gewinnen, müssen wir das ändern. *(3)* Ich will mich dafür engagieren, dass unsere *Kreisverbände gestärkt und weiter aufgebaut werden*. Wir brauchen eine aktive, vor Ort erlebbare Mitgliederpartei: Bekannte Gesichter, die die Leute überzeugen, die vor Ort was bewegen, die glaubwürdig sind und Mut machen. Das muss im ländlichen Raum natürlich anders aussehen als in der Stadt. *(4)* Wir erreichen durch aktive Politik vor Ort immer nur einen Teil der Menschen. Deshalb brauchen wir auch eine sehr gute *Öffentlichkeitsarbeit*, die sowohl Recht und Unrecht, Oben und Unten beim Namen nennt, als auch klar macht, warum unsere Reformideen eigentlich die besten sind: *Zuspitzend, humorvoll, überzeugend*!

Ich bin 42 Jahre alt, habe drei Kinder und bin seit 2007 Mitglied unserer Partei. Mein Geld verdiene ich als Industrie- und Arbeitssoziologe am SOFI Göttingen. Ich bin Kreissprecher, Mitglied im Kreistag, war Direktkandidat für die Bundes- und Landtagswahl und habe außerdem Erfahrungen als Teamender in der politischen Bildungsarbeit gesammelt. Außerhalb der LINKEN engagiere ich mich in der Gewerkschaftsarbeit. Ich möchte euch meine Erfahrungen gerne anbieten: für einen guten Landesvorstand, für eine starke Linke und ein besseres Land!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es gibt Viel zu verbessern, zu erneuern und aktiv mitzugestalten, deshalb Kandidiere ich als Beisitzerin unseres LAVO.
Demokratie, Toleranz, Sozialismus und Solidarität sind meine Werte. Darum bin ich aktiv in und für unsere Partei als Ratsfrau in Bückeburg, als Kreisvorsitzende des KV Schaumburg und Delegierte für den LPT und den LA und als Mitglied der LAG für SeniorInnenarbeit aktiv.
Mir ist bewusst, dass Themen rund um Ältere, Alte und deren Probleme, Anliegen und Angelegenheiten wenig attraktiv erscheinen. Es ist jedoch unbedingt notwendig, dass wir uns um unsere SeniorInnen, RentnerInnen, auch in Erwerbsminderung, alle von Altersarmut betroffenen Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen kümmern! Letztendlich tun wir es auch für alle, die heute noch gesund und jung sind! Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Politik, Sport, Kultur und Spaß sowie gute Gesundheit, Für- und Vorsorge muss möglich sein! Dazu braucht es Rentengerechtigkeit durch bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten von Kindern bzw. Angehörige! Steuerfrei ausgezahlte Renten und Einzahlung aller in die Rentenkasse!
Auch ÖPNV, Barrierefreiheit und Menschenwürdiges Wohnen im Alter und als Person mit Behinderung(en) gehören dazu! Außerdem gehören Gesundheitsfürsorge, Pflege, nötige Heimaufenthalte und ÖPNV wieder in öffentliche Verantwortung!
Um mehr Aufmerksamkeit für diese, uns alle angehenden Themen zu erreichen, um gute Konzepte und Ideen zu entwickeln und umzusetzen, will ich mich mit meiner Energie, Ideen und meiner Zeit gern einbringen!
Hinweisen möchte ich zum Schluss noch, dass die meisten WählerInnen älter als 60 Jahre sind und es wäre schön, sie für uns zu gewinnen. Darum bitte ich um eure Stimmen für die “Oma für LINKS”.
Eure Maria-Christina Luig-Steijn



Kandidatur für den Landesvorstand

Manuela Mast, geb. 17.08.1982

Kreisverband DIE LINKE.Celle

**„Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung,
die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss,
die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen,
die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik
und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewahrt.“**

Rosa Luxemburg

Liebe Genoss*innen,

in vielen Dingen hängen wir an unseren Weltanschauungen und wagen es kaum, diese in die Realität zu übersetzen. Nehmen wir das Thema soziale Gerechtigkeit. Höherer Kindesunterhalt als der Kindesbedarf des Bürgergeldes wird bei Alleinerziehenden angerechnet, das trägt auch zur Kinderarmut bei. Die Benachteiligung von armutsbetroffenen Kindern – im speziellen Jungen – in unserem Schulsystem hat Methode. Unternehmer nutzen Förderung von Langzeitarbeitslosen gnadenlos aus, um sie kostenfrei ohne Übernahmegarantie bei sich zu beschäftigen.

Ich höre so oft das Wort „Kümmererpartei“ – dass ich es nicht mehr hören kann. 1. Wo kümmert sich die Partei um Abgehängte? - Es war noch nicht ein Politiker an meiner Haustür, geschweige hat er irgendwas getan, um sich um mich zu kümmern. 2. Kümmerer gibt es genügend (Tafeln, Awo-Arbeitslosenberatung, etc.) 3. Bei allen Kümmerer-Organisationen geht ein Machtgefälle einher: Der beratend Tätige herrscht über den unwissenden, ohnmächtigen Hilfesuchenden. 4. Die Geholfenen verinnerlichen einmal mehr „Ich kann ja eh nichts (ändern).“ Wie können wir Menschen aus dieser gefangenen Lethargie konkret rausholen und aktivieren?

Wir müssen eine Partei der erlebten Selbstwirksamkeit werden. Eine LINKE, die Abgehängte ermutigt, sich ihren gesellschaftlichen Platz zu erkämpfen. Eine LINKE, welche tatsächliche Fähigkeiten und Kenntnisse der Armutsbetroffenen wirklich aufzeigt. Eine LINKE, welche Seite an Seite und auf Augenhöhe mit Armutsbetroffenen spricht. Eine LINKE, die klassische althergebrachte Stereotype der Armen seit 1887 aufbrechen. Eine LINKE, die lohndrückende, profitorientierte Unternehmen angreift, welche sich vom Staat durch Arbeitslosenförderungen und Aufstocken mit Bürgergeld kreuzsubventionieren lassen.

Genau deswegen trete ich an für einen Posten im LaVo, denn ich kenne dieses System aus eigener Erfahrung! In vielen Jahren als psychisch erkrankte Alleinerziehende habe ich mich wieder in die Gesellschaft reingekämpft. In Vereinsvorständen tätig, habe ich Menschen ermutigt und ihnen das Gefühl der Selbstwirksamkeit vermittelt. Daher wage ich hier den Kampf für all die Abgehängten!

Beruf: alleinerziehende Mutter

Politische Schwerpunkte:
Feminismus, Antifaschismus, Soziale Gerechtigkeit

Partei:
seit Sommer 21 Mitglied, Dez. 21 stellv. Kreisvorsitzende,
Mai 22 Mitglied im LaVo, Nov. 22 Vertrauensgruppe
(Sexismus)

Mit sozialistischen Grüßen
Manuela Mast

Bewerbung für den Landesvorstand

Kandidatur: Peggy Plettner-Voigt

Kreisverband DIE LINKE. Goslar

Liebe Genoss:innen,

NAH DRAN, EHRLICH, DIREKT! Meine Schlagworte aus dem Wahlkampf als Direktkandidatin für den Niedersächsischen Landtag sind für mich drei von vielen besonderen Wesensmerkmalen unserer Partei „DIE LINKE".

Uns allen sind die starken, sich von anderen Parteien klar abgrenzenden, Merkmale, Ideologien und Forderungen, die unsere Partei einzigartig machen, bewusst. Wir müssen aber Sorge tragen, dass diese auch in das Bewusstsein der in Niedersachsen lebenden Menschen dringen. Hier in Niedersachsen braucht es eine sozial gerechte ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik. Es darf nicht zum Rüstungsbundesland Nr. 1 werden.

Ja, Wir sind pluralistisch, vielfältig und streitbar, aber immer wieder solidarisieren Wir uns selbst und im Bündnis mit Gewerkschaften, Bewegungen, Verbänden und Initiativen. Damit unser Grundgedanke der sozialen Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft dringt. Eine Gesellschaft, geprägt durch Bildungsungerechtigkeit, unsoziale Marktwirtschaft, durch Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen. Wir vereinen uns und die, die in einer Welt der Konkurrenz ausgebeutet und gegeneinander ausgespielt werden, um denen eine Stimme zu geben, die keine Kraft und keinen Mut haben, für ihre Interessen einzustehen. Und genau das müssen Wir bei den nächsten Wahlen viel mehr in den Blick nehmen.

Denn es braucht eine starke LINKE als Systemalternative, die für eine gerechte Welt kämpft.

Unsere Ausdauer und unser Mut bestärken mich immer wieder in meinem LINKEN Selbstbewusstsein und in meiner Motivation unsere Gesellschaft zu verändern. Als Direktkandidatin für den Niedersächsischen Landtag habe ich mich mit den Themen, die Niedersachsen bewegen, mit Wahlprogrammen anderer Parteien und danach mit dem Koalitionsvertrag auseinandergesetzt. Fazit: Es braucht uns DIE LINKE als eine starke Opposition und dazu müssen Wir lauter werden. Ich möchte dazu beitragen, unserer Partei wieder eine kraftvolle öffentliche Stimme zu geben, eine Geschlossenheit nach außen zu demonstrieren und rechtzeitig Wahlstrategien zu erarbeiten. Bildung, das Thema, das Gesellschaft gestaltet und verändern kann, ist und bleibt für mich als jahrzehntelange Elternvertreterin, ein politisches Hauptthema.

Wichtig ist es, die flächendeckende Arbeit der LINKEN in ganz Niedersachsen zu fördern. Dazu bedarf es einer intensiveren Vernetzung mit und unter den Kreisverbänden zur Stärkung dieser, um eine transparentere, flexiblere und einfachere Zusammenarbeit zu erreichen. Die Idee eines jährlichen Niedersächsischen Ratschlags möchte ich mit umsetzen.

Und ja, natürlich habe ich eigene Meinungen zu den streitbaren Themen in unserer Partei, aber ich bin nur EIN Mitglied dieser Partei und daher ist es für mich wichtig, demokratische Prozesse einzuhalten und sich den Mehrheitsmeinungen anzupassen. Ich möchte mitgestalten, jedoch nicht individualistisch, sondern konstruktiv.

Zur Person: Berufstätige, verheiratete Mutter dreier Kinder. Ehrenamtlich bildungspolitisch, friedenspolitisch und in der queeren Bewegung aktiv. Kreiselternratsvorsitzende des LK Goslar, Mitglied im Landeselternrat Niedersachsen sowie im Friedensbündnis Goslar und Gründungsmitglied von GOslar Queer.

Seit 2021 Parteimitglied, Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE Goslar, Mandat im Kreistag, Mitglied in der LAG-Bildung.

Mit solidarischen Grüßen

Bewerbung um einen Platz im Landesvorstand:

Mein Name ist Nicoline Rohweder (34 Jahre alt), ich bin Mutter einer vierjährigen Tochter, als Berufsschullehrerin an der BBS 1 Gifhorn in der Abteilung Sozialpädagogik und Pflege mit den Fächern Sozialpädagogik und Politik tätig und war während der Landtagswahl 2022 Direktkandidatin der Linken für den Wahlkreis Gifhorn-Nord/Wolfsburg und komme gebürtig aus Kiel/Schleswig-Holstein.

Parteimitglied bei den Linken bin ich seit 2015 und aktiv im Kreisverband der Linken in Gifhorn seit 2,5 Jahren und seit einem Jahr Vorsitzende des Kreisverbandes Gifhorn. Ich habe mich bereits für die Kommunalwahlen 2021 aufstellen lassen und meinen ersten Wahlkampf gestaltet, was mir viele gute Erfahrungen und Freude bereitet hat.

Mein Motto während der Wahlkampagne lautete: „Für mehr für soziale Gerechtigkeit in den niedersächsischen Landtag“ und diesen Anspruch versuche ich auch täglich in meinem Beruf gerecht zu werden. Mir sind insbesondere Soziale- sowie Bildungsthemen wichtig, da ich in meinem Beruf täglich erlebe, mit welch unterschiedlichen sozialen Herkünften und damit einhergehenden unterschiedlichen Bildungschancen, meine SchülerInnen zu uns kommen. Immer noch gilt: „Wer wohlhabende Eltern hat, macht in Deutschland weit häufiger Abitur und ein Studium als Kinder aus Arbeiterfamilien“. Ich selbst, Kind zweier Gastronomen, konnte mir mein Studium an der Leuphana Universität Lüneburg nur dank eines Stipendiums der Stiftung der deutschen Wirtschaft finanzieren, welches ich aufgrund meiner dauerhaften ehrenamtlichen Tätigkeiten erhielt. Auch deshalb bin ich so gerne in der Ausbildung von ErzieherInnen und Sozialpädagogischen AssistentInnen tätig, um die Qualität der Frühförderung weiter zu fördern und daran mitzuwirken, fachlich kompetente pädagogische Fachkräfte auszubilden und so die Bildungsmöglichkeiten aller Kinder zu verbessern. Ich habe im Anschluss an mein Abitur selbst eine Ausbildung zur Erzieherin mit dem Schwerpunkt Musikpädagogik durchlaufen und einige Jahre in der Prävention von sexuellem Missbrauch und sexualisierter Gewalt gearbeitet. Zudem habe ich in Schulen Workshops zu Sexismus und Geschlechterstereotypen mit SchülerInnen durchgeführt.

In Gifhorn engagiere ich mich zudem im Queeren Netzwerk und unterstütze die Initiative Arbeiterkind, die sich für mehr Chancengleichheit für SchülerInnen einsetzt und arbeite eng mit unseren MandatsträgerInnen in Stadt- und Kreistag zusammen, um sich gemeinsam für die Gleichwertigkeit der Menschen in Stadt und Landkreis einzusetzen.

Ich bewerbe mich für einen Platz im Landesvorstand, da ich die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Menschen bereichernd finde, ebenso gerne Verantwortung übernehme und einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn mitbringe sowie den Glauben an eine sozial gerechtere Politik in Niedersachsen. Es braucht eine starke Linke in Niedersachsen und in Folge der ernüchternden Wahlergebnisse, freue ich mich, wenn ich durch eure Stimme die Möglichkeit erhalte, meine Kompetenzen in den Landesvorstand mit einzubringen.

Lisa Schmitz: Kandidatur für den Landesvorstand als Beisitzerin

Name: Lisa Schmitz
Alter: 30 Jahre alt
Wohnort: Papenburg (KV Emsland)

Mandat:
Stadtrat Papenburg seit 2021

Beruf:
Heilerziehungspflegerin, Traumapädagogin und -fachberaterin, Sozialarbeiterin i.A. (Teilzeitstudium)

Tätigkeit:
Sozialpädagogische Familienhilfe

Mitgliedschaften:

- #wirsindmehr Papenburg
- Queeres Papenburg
- ProAsyl
- ver.di

Kenntnisse:
Deutsche Gebärdensprache

Das Aufwachsen als CODA (Kind gehörloser Eltern) brachte mir Einblicke in soziale Ungleichheit, behördliche Verkomplizierung und die Hürden in der Inklusion. Diese sind auch dadurch bestimmt, dass die Zugehörigkeit zu einer Minderheit (1%) politisch irrelevant erscheint. Dolmetscher*innen für private Anliegen (u.a. Notar*in) müssen beispielsweise selbst finanziert werden. Die Kosten belaufen sich auf dem Flächenland incl. Fahrtkosten auf 307€/St.

Wir sprechen von einem Sozial(?)system, in dem Bürger*innen derzeit nicht wissen, ob sie für ihr Kind die kaputte Brille ersetzen oder die Gasrechnung bezahlen sollen. Während Familien seit Jahren auch trotz beruflicher Tätigkeit verzweifeln, verdoppeln Großkonzerne wie Shell aktuell ihre „Gewinne“.

(Insbesondere) Frauen sollen sich mit einer durchschnittlichen mtl. Rente von 832€ zufriedengeben und sind gezwungen weitere Anträge (bspw. Grundsicherung oder Wohngeld) auszufüllen, um überleben zu können. Eine gut bezahlte Anstellung zu finden, die sich mit den Kinderbetreuungszeiten deckt, ist erfahrungsgemäß kaum möglich. Im Kapitalismus ist zusätzlich zu aller Kritik ein patriarchales System erkennbar. Frauen sind mit der Armutsgefährdung gestraft, da eine Berücksichtigung von Erziehungszeiten, veränderten Familienmodellen und Teilzeitarbeit (die bekanntlich größtenteils von Frauen durchgeführt wird) nicht erfolgt.

Beschämung wird in diversen Dimensionen als Instrument genutzt, um zu verhindern, dass Personengruppen für ihre Rechte einstehen. Armutsbetroffene, benachteiligte Personen im Bereich der Bildung (u.a. durch Bildungsklassismus), Alleinerziehende, Gewaltopfer, psychisch erkrankte Personen, queere Menschen uvm. werden beschimpft, beschämt und strukturell marginalisiert. Sie benötigen Vernetzungen, Ansprechpersonen, Schutz, rechtliche Unterstützung, Anerkennung und eine Veränderung der Systeme.

Wir als Linke müssen diesen Personengruppen zur Seite stehen, die prekären Zustände verdeutlichen, die verantwortlichen Strukturen deutlich benennen und Lösungen aufzeigen. Meine Kenntnisse aus der beruflichen Praxis zu diversen sozialpolitischen Themen wie Armutsgefährdung, soziale Gerechtigkeit, Diskriminierung und Faschismus, den individuellen Schwierigkeiten im Bildungssystem und den Problemlagen von queeren Personen (insbesondere auf dem Flächenland) möchte ich im LaVo einbringen. Sowie auch meine Interessen für soziologische und psychologische Bezüge und meine Erfahrungen in der politischen Arbeit in einer konservativ-geprägten Region.

Solidarische Grüße!

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Klaus Nielsen, ich bin 62 Jahre alt, Lehrer und wohne in Oldenburg. Ich gehöre der Landesschiedskommission seit dem letzten Landesparteitag, also seit etwa zwei Jahren an und würde mich freuen, wenn wir die gemeinsame Arbeit mit weiteren weiblichen Mitgliedern fortsetzen können. Die bestehende Landesschiedskommission hat meiner Meinung nach unparteiische Entscheidungen im Gesamtinteresse unserer Partei gefällt.

Meine Biografie: Ich bin ein Arbeiterkind, habe als erster in meiner Familie studiert: Im ersten Studium (80er Jahre) Sozialwissenschaft (Besuch auch rechtswissenschaftlicher Seminare), dann folgte viele Jahre später im zweiten Studium Latein. Politisch interessiert und aktiv bin ich eigentlich schon seit meiner Oberstufenzeit in Delmenhorst: Proteste gegen die NPD, gegen Atomkraftwerke, später auch Mitarbeit im ASTA, in der Rechtshilfe und Friedensdemonstrationen. Ich gehöre der Gewerkschaft seit über 30 Jahren an, erst der ÖTV, dann Verdi.

Parteimitglied der Linken bin ich seit 7 Jahren, habe sie aber schon vorher in Wahlkämpfen unterstützt. Ich gehörte auch schon dem Kreisvorstand an. Ausschlaggebend für meinen Parteieintritt war das erschreckende und für meine Generation nicht vorstellbare Anwachsen der AfD und des Rechtspopulismus in Deutschland, der nach wie vor entschieden bekämpft werden muss.

Ich möchte als Mitglied der Schiedskommission ein Stück Verantwortung in unserem Landesverband tragen. Mir geht es hierbei um die politische Kultur in unserer Partei. Kontroverse Diskussionen sind für das Parteileben und das politische Vorwärtskommen unbedingt notwendig. Rahmenbedingungen dafür sind ein gegenseitiger respektvoller Umgang, also auch die Bereitschaft, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, sowie die gemeinsame Wertebasis (gegen Rassismus und Kriegstreiberei usw.).

Daher gehört es für mich zur politischen Kultur in Schiedsverfahren, bei Streitigkeiten beide Seiten respektvoll und offen anzuhören, neutral abzuwägen und eine Entscheidung auf der Grundlage unserer Satzung und Beschlüsse zu treffen. Da, wo vermittelt werden kann, muss Mediation betrieben werden. Es muss auch darauf geachtet werden, dass Parteiausschlussverfahren nicht für Machtkämpfe und persönliche Zwecke missbraucht oder nur missliebige Meinungen unterdrückt werden sollen. Aber da, wo ganz klar und mit Beweisen unsere gemeinsame Wertebasis verlassen wird, ist konsequentes Handeln notwendig. Dies gilt auch für parteischädigendes Verhalten durch die Tätigkeit oder Kandidatur für eine andere Partei.

Bewerbung von Eike Schölgens für die Landesschiedskommission

Liebe Genoss*innen,

hiermit bewerbe ich mich für die Wiederwahl auf der gemischten Liste der Landesschiedskommission des Landesverbands Niedersachsen, nachdem ich nach meiner Nachwahl konstruktiv und produktiv mit den anderen Mitgliedern der Schiedskommission zusammengearbeitet habe.

Denjenigen, die mich noch nicht kennen, möchte ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Eike Schölgens. Geboren und aufgewachsen bin ich in Ostfriesland, meine Eltern waren damals Landwirt*innen. Inzwischen ist meine Mutter Altenpflegerin und mein Vater Milchkontrolleur. Zu Schulzeiten wurde ich ab 2005 politisch aktiv und war jugendpolitischer Sprecher des KV Aurich und später auch des Landesverbandes der LINKEN Niedersachsen im Landesvorstand. Ich habe auch seinerzeit als Delegierter und Landessprecher der Linksjugend den Jugendverband mitgegründet. Eine stressige Examensvorbereitung in meinem juristischen Studium zwang mich leider, mein politisches Engagement dann ab etwa 2012/2013 zurückzufahren. Außerdem habe ich als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung meine praktischen politischen Erfahrungen in deren Jahresakademie theoretisch ergänzen dürfen und habe die Landesarbeitsgemeinschaft „Inneres und Recht" in Niedersachsen für einige Zeit ins Leben gerufen. Insgesamt war ich in Aurich, Wunstorf, Göttingen und nun Hannover im Parteikontext aktiv und habe in Münster unter anderem ehrenamtlich mit JVA-Insassen und Schüler*innen mit Geflüchtetenhintergrund gearbeitet. Das zweite juristische Staatsexamen habe ich 2018 in Hannover bestanden und bin Anwalt geworden. Ich bin Mitglied der „Bewegungslinken", bei Ver.di, bei Sea-Watch und im Republikanischen Anwält*innenverein. Außerdem bin ich Mitglied in den Alumnivereinen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der „Studienstiftung des deutschen Volkes". Wenn man so möchte, ist „Klassenkampf" mein Beruf, denn inzwischen arbeite ich spezialisiert im Arbeitsrecht für Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte und vertrete diese gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Arbeitgeber*innen als angestellter Anwalt in einer Anwaltskanzlei in Hannover. Meine politisch-inhaltlichen Schwerpunkte umfassen daher natürlich die Arbeitnehmer*innenrechte und Sozialpolitik. Daneben interessiere ich mich besonders für „Innenpolitik" bzw. Bürger*innenrechte.

Die Landesschiedskommission betrachte ich als ein Parteiorgan, das besonders der innerparteilichen Neutralität verpflichtet ist. In diesem Sinne sollten sich die Mitglieder bemühen, durch ihre Entscheidungen keine innerpolitischen Diskussionen im Landesverband auszutragen. Nicht zuletzt meine Erfahrungen als Jurist, so glaube ich, befähigen mich, hier das Ermessen eines Schiedskommissars auch weiterhin besonders behutsam, aber auch effizient auszuüben. Gleichzeitig ist wichtig, dass das Gremium auch weiterhin zu einer effizienten und konstanten Fallbearbeitung findet und sich alle Parteimitglieder darauf verlassen können, dass sie sich innerparteilich rechtliches Gehör verschaffen können und es möglichst eine angemessene Verfahrenslänge gibt. Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir noch einmal euer Vertrauen schenkt und ich meine Erfahrungen für unseren Landesverband einsetzen kann.

Für Nachfragen stehe ich jederzeit gern zur Verfügung.

Euer Eike"